Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 21. bis 27. Okt. 1 Milliarde Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Berchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 85 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 400 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kreß, Halle.

Einzelpreis 200 Mill. Mk. | **Sonnabend, den 20. Oktober 1923** | **3. Jahrgang** | **Nr. 246**

Meuternde Reichswehrgenerale

Lossow verweigert die Ausführung der Befehle — Kahr verlangt den Rücktritt Geßlers — Mobilmachung der Faszisten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. Oktober.

Die Bayrische Regierung hat durch ihren Vertreter in Berlin der Reichsregierung mitgeteilt, daß Bayern jeden weiteren amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresverwaltung ablehne. Die Reichsregierung ist durch das separatistische und diktatorische Vorgehen von Kahr gezwungen worden, nun auch ihrerseits das Vorspiel, das zu dem Bruche zwischen Bayern und dem Reich geführt, bekanntzumachen. Es wird mitgeteilt, daß der General von Lossow in einem offenen Telegramm an General Seeckt die Ausführung des Befehls zum Verbot des „Völkischen Beobachter" abgelehnt und zugleich alle weiteren Befehle verweigerte, die einen Konflikt mit der Bayrischen Regierung bringen können.

Die Reichsregierung hat also eine riesige Pressehetze und starke militärische Maßnahmen gegen Sachsen unternommen, währenddem mit Bayern sehr zahm verhandelt wurde. Der Reichswehrminister hatte einen General von Gräfenstein beauftragt, der Meuterer Lossow zum Rücktritt zu bewegen, aber nicht Lossow, sondern Gräfenstein nahm seinen Abschied. Jetzt, nachdem Kahr kurz entschlossen diese Eiterbeule aufgekochen, erzählt die Reichsregierung Märchen über das Vorgehen von Kahr.

Die Reichsregierung trägt keine Schuld daran, wenn jetzt der Bruch zwischen Bayern und dem Reich auch in der Oeffentlichkeit bekannt wird. Das ist das Verdienst Kahrs.

*

Kahr, Lossow, Gräfenstein pfeifen auf den Reichspräsidenten, auf Geßler, auf Seeckt, auf die ganze Republik, sie rebellieren offen gegen das Reich. Und die Reichsregierung ist machtlos, kann und will nichts gegen Bayern unternehmen. Desto stärker ist sie gegen Sachsen und Thüringen, gegen die hungernde Arbeiterschaft.

Die sächsische Regierung hat auf das unverschämte Ultimatum des General Müller keine Antwort gegeben.

Die Reichsregierung beschloß in ihrer Sitzung vom 18. Oktober, dem Verbot der proletarischen Hundertschaften in Sachsen mit allen Mitteln Nachachtung zu verschaffen. Falls die Landespolizei auf Schwierigkeiten stoße, werde Reichswehr eingesetzt werden. Gleichzeitig wurden neue starke Verstärkungen der Reichswehr für Sachsen beschlossen, die in den nächsten Tagen in Chemnitz und Plauen eintreffen, heute vielleicht schon eingetroffen sind.

Ferner wurde das Verlangen nach Aufhebung des Belagerungszustandes zurückgewiesen. Die sozialdemokratischen Abgesandten des Parteivorstandes, wie die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben sich davon überzeugt, daß im gegenwärtigen Moment die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes unmöglich sei.

Neben angekündigtem scharfen Einschreiten gegen die sächsische Regierung wird auch die Abberufung des Generals Müller in Aussicht gestellt.

Nun will die Regierung den Lossow abberufen. Gestern konnte die „Vossische Zeitung" berichten, daß die Maßregel nicht erfolgt sei, weil v. Lossow für unzuverlässig gelte; der sozialdemokratische Reichsminister des Innern Sollmann habe vielmehr erst gestern bestätigt, daß v. Lossow sich bisher loyal verhalten (!!) habe. Er habe es aber nicht vermocht, sich als Träger der Reichsgewalt neben dem bayrischen Diktator durchzusetzen.

Die Regierung hat die Abberufung Lossows beschlossen. Die Münchener Regierung weiß bis heute noch nichts von einer Abberufung des Lossow und wird sie nicht zulassen. Wenn der Reichspräsident oder Seeckt den meuternden General abberufen will, dann muß sie ihn sich holen. Aber sie denkt gar nicht ernstlich daran, scharf gegen Bayern vorzugehen.

Nachdem die Ebert und Seeckt der sächsischen Regierung ein dreistes Ultimatum gestellt haben, das selbstverständlich nicht beantwortet werden konnte, bereiten sie die bewaffnete Reichsexekutive durch Stimmungsmache vor. Die Ebert, Wels, Müller haben dafür schon einen Plan ausgeheckt. Sie wollen Meldungen über ein Eingreifen der Reichsregierung in Bayern verbreiten, um in Sachsen loshauen zu können. Sie behaupten, den General v. Lossow abzuberufen, um in Sachsen mit Waffengewalt die Arbeiter niederzuknüppeln. Die gemeinsame Taktik der Seeckt und des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist, in Sachsen die Kommunisten zu isolieren, die gemeinsame Abwehrfront zu zerschlagen. Jeder einzelne Arbeiter weiß, daß das die absolut sichere Niederlage der Arbeiterschaft bedeuten würde. Ebenso genau ist jedem bekannt, daß das Reich gegen Bayern ohnmächtig ist, daß es eitel Schaumschlägerei ist, wenn von einem Eingreifen in Bayern gesprochen wird. Darum wird auch der — — — — Plan der Ebert und Wels mißlingen.

Kahr, Lossow und die Faszisten bereiten aber den großen, letzten Schlag nicht nur gegen Sachsen und Thüringen, sondern gegen das Reich, gegen die Arbeiterschaft, vor. Wie in Sachsen, so werden im ganzen Reich die Faszisten in die Reichswehr oder in die bewaffneten faszistischen Verbände eingereiht. So sind am Donnerstagfrüh 27 Stahlhelmleute aus Eisleben auf ihre Gestellungsorder nach Dessau gefahren, wo sie aber voraussichtlich nicht bleiben werden, sondern sich nur sammeln. Die Leute sind zum großen Teil Angestellte und junge Arbeiter der Mansfeld A.-G., stehen also in Arbeit und werden nur beurlaubt. Von Halle sind am vorigen Montag zirka 100 „Wehrwolf"-Jünglinge der Reichswehr eingereiht worden. Alle Mitglieder des Hochschulringes Deutscher Art erhielten am 16. und 17. Oktober die Aufforderung, sich am 15. Oktober, vormittags, in dem studentischen Speisehaus „Zur Tulpe", an der Universität, zu melden. Vorgeschriebener Anzug: schwere Schuhe, kurze Hosen, Rucksack, zwei Decken und Manöver-Lebensmittelausgabe in der „Tulpe". Jeder sich meldende erhielt außer Wurst und Brot eine Fahrkarte und die Anweisung, sich nach dem Bahnhof zu begeben.

Aus dem ganzen Bezirk kommen dieselben Nachrichten. Die „Stahlhelm"-Leute verlassen in größeren Trupps das Geiseltal in voller Ausrüstung: Feldgrauer Anzug, feldgraue Mütze mit altem Reichsadler, umgeschnallt und Feldstecher. Alle begeben sich nach vorher festgelegten Sammelstellen.

Jetzt scheinen selbst Börsing Bedenken über die „republikanische Zuverlässigkeit des „Stahlhelms" gekommen zu sein, er ließ bei „Stahlhelm"führern Haussuchungen machen. Wie ein altes, hysterisches Weib kreischt der Stahlhelmführer Duesterberg über diese Maßnahme und beteuert nochmals die unbedingte Harmlosigkeit des „Stahlhelms", denn „nirgends ist etwas gefunden worden." Dem Duesterberg ist es ebenso wie uns bekannt, daß nicht nur die Verbindung des „Stahlhelms" durch Hauptmann Jüttner mit den sächsischen und bayrischen Nationalsozialisten, sondern daß die Schriftstücke, die in Falkenberg bei den „Stahlhelm"führern gefunden worden sind und die als „Streng geheim", „Sehr eilend" bezeichnet werden und von denen „keine Abschrift oder Notiz gemacht werden darf" beweisen, daß der „Stahlhelm" und „Wehrwolf" eine Kampforganisation in Verbindung mit der Reichswehr aufgebaut haben.

Heute abend finden im ganzen Reiche Massenversammlungen der Stahlhelmer statt, zu der alte Frontsoldaten eingeladen sind. Die proletarischen Frontsoldaten werden auf den Posten sein und ihre Ziele und Forderungen den Faszisten zeigen. Diese Massenversammlungen sollen die letzte Heerschau sein, die letzte Parade vor dem endgültigen Schlag gegen die hungernde und verzweifelnde Arbeiterschaft.

Die Arbeiter in allen Teilen des Reiches fordern den Kampf gegen die Militärdiktatur und den Faszismus. Die hallischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre haben gestern von den Spitzenorganisationen die Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses zur Organisierung des Kampfes für die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterschaft verlangt.

Die Gefahr wächst von Stunde zu Stunde.

Schon die nächsten Stunden können einen neuen Schritt gegen die proletarische Regierung Sachsens, die die Hungernden speist, die Produktionssabotage verhindert, eine proletarische Politik treibt, bringen.

Wenn die Regierung nicht die bewaffneten Formationen des „Stahlhelms" verbietet, dann gilt auch für die Arbeiterschaft dasselbe Recht.

Kampfruf der hallischen Gewerkschaftsfunktionäre

Halle, 20. Oktober.

Gestern abend tagte im „Volkspark" eine Vollversammlung der Betriebsräte und der Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten Halles. Die Versammlung nahm nach Referaten von Schröter (Hauptv. des ZdA) und des Genossen Reichstagsabg. Eichhorn folgende Entschließung gegen etwa fünf Stimmen an:

„Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Lage in Deutschland zeigt mit jedem Tage deutlicher die ungeheueren Gefahren, die dem deutschen Proletariat drohen. Wirtschaftlich droht ihm die völlige Vernichtung seiner Lebensexistenz. Politisch steht unverkennbar fest, daß die deutsche Bourgeoisie zum letzten entscheidenden Schlage ausholt, um mit Hilfe Weißer Generale und der faszistischen Mordverbände dem Proletariat die letzten kümmerlichen Reste der revolutionären Errungenschaften zu entreißen.

In Erkenntnis der gefahrvollen Situation fordert daher die am 19. Oktober im „Volkspark" tagende Vollversammlung der Betriebs- und Beamtenräte und der Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten Halles von den Spitzenorganisationen im Bezirk die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit den Arbeitervarieien zwecks Gründung eines gemeinsamen Aktionsausschusses, der bevollmächtigt ist, mit allen (auch den schärfsten) Mitteln folgende Forderungen zur Sicherung des Proletariats durchzusetzen:

1. **Beseitigung der Militärdiktatur unter restloser Aufhebung aller sich gegen das Proletariat auswirkenden Ausnahmeverordnungen.**
2. **Aufhebung aller über Arbeiterzeitungen verhängten Verbote.**
3. **Engste Kampfgemeinschaft mit dem sächsisch-thüringischen Proletariat zur Sicherung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen gegen die Reichsexekutive und den Faszismus.**
4. **Entwaffnung aller konterrevolutionären Verbände und Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrformationen.**
5. **Unbedingte Unantastbarkeit des Achtstundentags.**
6. **Anpassung der Löhne an die Warenpreise.**
7. **Sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses.**

Der Belagerungszustand soll bleiben!

Der Vernichtungsfeldzug gegen die Werktätigen beginnt erst — Arbeiter, Angestellte und Beamte, wehrt Euch!

Unter dem Druck der Arbeitermassen, die entschlossen sind, im Fall der Reichsexekutive gegen Sachsen in den Generalstreik zu treten, hat die Reichsregierung den Gewaltstreich gegen die sächsische Arbeiter-Regierung noch einmal verschoben. Verschoben, um in Kürze den Schlag gegen das deutsche Proletariat mit um so größerer Wucht zu führen, nicht mehr!

Die sächsische Regierung hat auf das Ultimatum des Generals Müller, das am 18. Oktober, vormittags 11 Uhr, ablief, nicht geantwortet. Der General ließ daraufhin nicht seine Truppen stürmen, sondern teilte mit, daß er Geßler die Entscheidung mitgeteilt habe. Um das militärische Renommee des Generals Müller aufrechtzuerhalten, wurde offiziös erklärt, daß der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichswehrminister mit dem Schritt des General Müller vollständig einverstanden gewesen seien, eine Nachricht, die nachträglich dahin abgeschwächt wurde, daß Ebert, Stresemann und Geßler wohl gewünscht hätten, daß General Müller bei der sächsischen Regierung vorstellig werde, daß aber die Form des berüchtigten Ultimatums „Müllers eigenes Werk" sei. Tatsache bleibt, daß die Koalitionsregierung Stresemann-Sollmann an die sächsische Bundesregierung durch Vermittlung eines Generals herangetreten ist.

Das Reichskabinett hat zu der Lage Stellung genommen. Da der Parteivorstand der VSPD. die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert hatte, welche Forderung der „Vorwärts" mit lebhafter Propaganda begleitete, wurden die Sozialdemokraten Müller, Wels und Dittmann bei der Reichsregierung vorstellig, außerdem hätten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder die Aufhebung des Belagerungszustandes erzwingen müssen.

Und das Ergebnis der Verhandlungen. Die Opposition der sozialdemokratischen Führer ist jämmerlich zusammengebrochen. Der militärische Belagerungszustand bleibt aufrechterhalten. Er soll — wer lacht da nicht — auch in Bayern zur Geltung gebracht werden. Der meuternde General Lossow soll abberufen werden. Wie die an der Spitze unseres Blattes stehende Meldung zeigt, ist die Frage nur die, wie die Reichsregierung das machen will. Der meuternde General geht nicht. Er unterstellt sich Kahr und dieser bricht die Beziehungen mit der obersten Befehlsgewalt der Reichswehr und damit zur Reichswehr und zum Reichspräsidenten Ebert ab. Dessenungeachtet soll es aber dabei bleiben, daß in Sachsen die proletarischen Hundertschaften, bei Nichtausreichen der Landespolizei durch die Reichswehr aufgelöst und entwaffnet werden sollen. Der Krieg gegen Sachsen bleibt als furchtbare, unmittelbare Drohung nach wie vor bestehen und die Führer der Sozialdemokratie machen mit, weil es jetzt ja, wieder einmal, auch gegen Bayern gehen soll. Die deutsche Arbeiterschaft weiß, was von letzterer Behauptung zu halten ist.

Der militärische Belagerungszustand soll mit Hilfe der Sozialdemokraten aufrechterhalten bleiben, das ist die Tatsache!

Das bedeutet, daß die blutige Niederwerfung der mitteldeutschen Arbeiterschaft nur für den Moment verschoben ist. Die sozialdemokratischen Zentralinstanzen wühlen inzwischen mit Hochdruck hinter den Kulissen, um die Arbeiter-Regierungen in Sachsen und Thüringen mit allen Mitteln auch von innen heraus zu sprengen durch Einwirkung auf rechtsstehende sozialdemokratischer Führer. Der Vorwand des Ultimatums war ja in dieser Beziehung geradezu typisch.

Aber nicht allein gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft stehen schwere Angriffe bevor, gegen die gesamten Werktätigen Deutschlands soll jetzt rücksichtslos vorgegangen werden. Wir stehen erst am Anfang des kapitalistischen Feldzuges gegen die Arbeitenden.

Die Stinnes, Wolff und Klöckner haben mit Poincaré selbständig lukrative Lieferungsverträge abgeschlossen. Die Riesenzüge mit Kohlen und anderen Materialien würden längst wieder nach Frankreich rollen, wenn die Stinnes und Konsorten ihre Bedingungen an die deutsche Regierung schon restlos durchgesetzt hätten. Das deutsche Volk soll nämlich die Industriellen sofort bezahlen, die Arbeitszeit soll sofort verlängert werden, die Reichsbahnen sollen sofort vom Reich abgegeben werden usw. Weil die Koalitionsregierung noch nicht bedingungslos die Forderungen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231020-14/fragment/page=0001

Schwerindustriellen geschluckt hat, weil sie mit der Arbeitszeitverlängerung nicht rasch genug verfährt, drohen jetzt die Stinnes und Konsorten mit der völligen Stillegung der Gruben, Fabriken und Werkstätten. Wenn die Regierung nicht die Lieferungen an Frankreich plus Riesenprofiten zahlt, dann soll sie Millionen Arbeitslosen Unterstützung zahlen müssen oder das Volk soll verrecken, das ist der Standpunkt der Stinnesleute, die nicht einen Pfennig ihrer Riesenkapitalien daransetzen wollen, um im Ruhrgebiet die Produktion wieder in Gang zu bringen, um Deutschland neben den freiwillig eingegangenen Lieferungsverpflichtungen an Frankreich mit Rohstoffen zu versorgen.

Die Regierung Stresemann wird kapitulieren! Denn hinter Stinnes steht Poincaré. Vergeblich hat Stresemann seinen Herrn Hoesch nach Paris zu Poincaré geschickt, um wenigstens die Reparationslieferungen und die Dinge im besetzten Gebiet selbst in die Hände zu bekommen, in der Hoffnung, dadurch erträglichere Bedingungen zu bekommen, als wie sie Herr Stinnes stellt und wenigstens von den Staatsbetrieben und für die Staatsautorität zu retten, was zu retten ist.

Vergeblich! Poincaré erklärt kaltblütig, daß er von den deutschen Industriellen bereits zur Zufriedenheit bedient werde, er habe keinen Anlaß, andere Arrangements zu treffen, die deutsche Regierung möge die Wiederaufnahme der Sachlieferungen in die Wege leiten durch ihre Finanzierung — wie, das sei ihre Sache. Bis dahin bleiben die Dinge im Westen so, wie sie sind.

Die Koalitionsregierung Stresemann-Sollmann trifft bereits alle Vorbereitungen, um diese Finanzierung vorzunehmen, d. h. auf Kosten der arbeitenden Massen soll sie vorgenommen werden. Im Getöse eines neuen ungeheuren Bluffs, der angebrohten Einstellung aller Sachlieferungen und des Bruches mit Frankreich! Unter dieser Drohung angeblich, gleichzeitig gegen Poincaré und seine privaten Lieferanten sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden, die der „Berliner Börsen-Courier" von autorativer Seite mitzuteilen weiß:

„Bei dem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reiches ist es selbstverständlich, daß eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, mit der größten Energie an einen Abbau der Ausgaben herangeht. In den nächsten Tagen werden Sparsamkeitsmaßnahmen der Regierung veröffentlicht werden, die alles, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, durch ihre Rigorosität in den Schatten stellen werden. Wenn man erfährt, daß nur 3 v. H. der Ausgaben des Staates durch aufkommende Steuern gedeckt sind, und daß der Rest von 97 v. H. durch die Notenpresse „beschafft" wird, so muß man einsehen, daß wir ein bankrottes Land sind. Und darauf werden die Maßnahmen der Regierung eingestellt sein.

Mit kleinen Maßnahmen ist der ungeheuren Finanznot des Reiches nicht Herr zu werden. Es ist nicht erträglich, daß in einem stark verkleinerten Deutschland die Zahl der Beamten nicht nur nicht vermindert, sondern sogar noch vermehrt worden ist, und das in einem Ausmaße, der jegliche Vernunft übersteigt. Die Reichsregierung hat daher die feste Absicht, das Beamtenheer radikal abzubauen, und der Reichskanzler ist entschlossen, auch wohlbegründete Rechte weiter Kreise der Beamtenschaft nicht unangetastet zu lassen. Es werden in einem ganz enormen Ausmaße Kündigungen von überflüssigen Beamten stattfinden, und zwar nicht nur von Beamten des Reiches, sondern auch der Länder und der Gemeinden."

Das ist der Plan, den die Kommunisten bereits ins Tageslicht gezogen haben. Ein ungeheuerlicher Raubzug auf die Werktätigen, rücksichtslose Entlassung tausender Beamter, diktatorisch vom Reich auch bei Ländern und Gemeinden erzwungen — das ist das Finanzprogramm der Stresemann-Regierung.

Und dazu soll der Belagerungszustand aufrechterhalten werden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr! Laßt Euch von einem neuen kriegerischen Lärm nicht bluffen. Stresemann wird sich Stinnes und Poincaré unterwerfen — auf Eure Kosten.

Nur eine **Arbeiter-Regierung** im Reiche kann die ungeheure Not in jeder Beziehung auf Kosten der kapitalistischen Räuber bannen!

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen bereit sein, den Kampf gegen den neuen schwerkapitalistischen Raubzug mit allen Mitteln aufzunehmen. Die ungeheure Not läßt keinen anderen Ausweg!

Der Abbau der Beamten beschlossen

WTB. **Berlin**, 20. Oktober.

Im Reichsfinanzministerium ist soeben ein Entwurf einer Verordnung über den Beamtenabbau fertiggestellt worden, wonach Börsenbeamte oder -anwärter nicht mehr eingestellt werden. Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten müssen mindestens 25 Prozent ausscheiden.

Ein Lohnzettel der Grube „Pfännerhall"

Auf der Grube „Pfännerhall" in **Braunsdorf** erhielten am gestrigen Freitag die verheirateten Arbeiter, die zwei Kinder haben, nach Tarif einen Bruttolohn von 5 228 000 000 M.

Davon gingen ab:

An Steuern	490 000 000 M.
Knappschaftsbeiträge	163 000 000 „
Abzug für Kartoffeln	700 000 000 „
Vorschuß am Dienstag erhalten	1 000 000 000 „
½ Pfund Fett	400 000 000 „
Für Wochenkarte	400 000 000 „
Vorschuß am vorigen Sonnabend	300 000 000 „ 3 453 000 000 M.
so daß die Familienväter ausgezahlt erhielten	1 775 000 000 M.

Da aber in der nächsten Woche die Wochenkarten von Halle nach Da aber in der nächsten Woche die Wochenkarte von Halle nach Braunsdorf 1,8 Milliarden kostet, so bekamen die Bergarbeiter einen Vorschuß von 2 Milliarden. Die Arbeiter haben also mit ihren Frauen und Kindern für diese Woche im ganzen 1,975 Milliarden Mark für ihren Lebensunterhalt. Ein Pfund Margarine kostete gestern von 1,4 bis 1,8 Milliarden Mark, ein Brot rund 800 Millionen Mark. Der ganze Wochenverdienst reicht also noch nicht einmal zu einem Pfund Stresemann-Butter und einem Brot. Da magt es noch ein Ingenieur Selhaus zu sagen: „Die Arbeiter verdienen zuviel."

Ein Arbeitsloser mit zwei Kindern erhielt in dieser Woche 4 728 000 000 Mark. Da wird die Stinnesche „Allgemeine Zeitung", das Organ der Schwerindustrie, wieder schreien: Die Arbeitslosen bekommen zu hohe Unterstützungen. Unter diesen Umständen kann man verstehen, wenn die Bergarbeiter nicht mehr soviel leisten können, da ist es begreiflich, wenn die Krumpels nicht mehr aussehen und den Bergherren die Arbeit vor die Beine werfen.

Stinnes wird in Amerika erwartet. Die „Journee Industrielle" veröffentlicht ein Telegramm aus Newyork, daß man dort stündlich die Ankunft von Hugo Stinnes erwartet, der über Petroleum-Konzessionen in Texas verhandeln wolle.

Der Krieg gegen das Proletariat

Böttcher warnt die Reichsregierung

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 19. Oktober.

Zu der von uns gestern bereits gemeldeten Rede des Genossen Böttcher, in der er die Sabotage der Industriellen und die Bemühungen der sächsischen Regierung um die Brotversorgung für die hungernde Bevölkerung schildert, tragen wir heute noch folgendes nach:

Die Zuschüsse, die von Reichs wegen zur Linderung der jetzigen Notlage gegeben werden, sind außerordentlich minimal, reichen bei weitem nicht aus. Aber selbst in der Zuschußpolitik des Reiches müssen wir eine unterschiedliche Behandlung der Länder sehen. Nicht nur in der politischen Behandlung, sondern auch in der Finanzbehandlung. Es wird heute morgen in der Presse mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister den Betrag von 279 Billionen 65 Milliarden 27 Millionen und 70 Tausend Mark zur Verfügung gestellt hat für den preußischen Volkswohlfahrtsminister zur Auszahlung für Kartoffelbeschaffung für Kleinrentner usw. Wir sehen, daß große Summen durch das Reich an einzelne Freistaaten gezahlt werden, während ein letzter Appell der sächsischen Regierung in der vergangenen Woche an das Reichsfinanzministerium, angesichts der katastrophalen Lage, die sich von Stunde zu Stunde verschlechtert,

ergebnislos gewesen

ist. (Hört, hört! links.)

Meine Damen und Herren! Sie sehen, daß auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Lebensmitteln von der Reichsregierung herzlich wenig getan wird, und daß von sich aus die sächsische Regierung gezwungen ist, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen. Aber die Reichsregierung hat uns dafür etwas anderes geschickt — sie hat uns den General Müller geschickt. (Heiterkeit links.) Er hätte nur das notwendige Brot für die Bevölkerung mitzubringen brauchen, dann wäre seine Mission für die Bevölkerung verständlich (Sehr richtig! links), während die jetzige Mission des Herrn Generals für die Bevölkerung nicht verständlich ist, da ja zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Sachsen keine Reichswehr benötigt wird und die Reichswehr zu diesem Zwecke von der sächsischen Bevölkerung abgelehnt wird.

Der Herr General Müller hat die Regierung aufgefordert, Stellung zu nehmen zu einer Rede, die ich am Sonnabend in Leipzig gehalten habe, da die Rede angeblich verfassungswidrig sei. Ich habe noch nicht Zeit gehabt, im einzelnen den Dingen nachzugehen, da ich soeben von der Brotversorgung zurückgekehrt bin. Aber ich erkläre hier:

Ich fühle mich niemand anderem verantwortlich als der Mehrheit des Landtages.

(Sehr gut! b. d. K.), der ich die Verfassung beschworen habe, und der ich auch jederzeit Rechenschaft ablegen werde in vollem Umfange. Ich fühle mich verantwortlich der Reichsverfassung und der Reichsregierung in diesen Dingen, nicht aber verantwortlich dem General Müller, der hier als Ueberwachungsbehörde eingesetzt ist, da ich in dem Vorgehen des Generals einen eklatanten Bruch der Verfassung sehe. Ich fühle mich verantwortlich nicht der Militärdiktatur, sondern der Arbeiterklasse, die mich auf diesen Posten gestellt hat. Was der General macht, ist die Aufhebung der Meinungsfreiheit, die durch die Reichsverfassung garantiert ist.

Die sächsische Regierung ist vor eine sehr ernste, zugespitzte Lage gestellt. Die heutige Morgenpresse in Berlin zeigt in vollem Umfange das Kesseltreiben, das gegen die sächsische Regierung von der deutsch-völkischen Presse, bis herüber zur demokratischen Presse, getrieben wird, überall ein einziger Alarmruf: **wo bleibt die Reichsexekutive gegen Sachsen?** und die Aufforderung: **Reichswehr muß marschieren, in Sachsen muß „Ruhe und Ordnung" hergestellt werden!**

Wenn man die Berichte in der Berliner Presse über Sachsen liest, dann fühlt man sich oftmals bemüßigt, zu glauben, es handle sich um einen Balkanstaat, um ein Montenegro oder um eine afrikanische Kolonie, aber nicht um ein Land, das mitten in Deutschland liegt, um ein Land, wo die stärksten und edelsten Kulturwerte von ganz Deutschland lebendig sind. (Zuruf rechts: Die Sie aber nicht geschaffen haben! — Stürmische Zurufe bei den Kommunisten.) Die sächsische Regierung stützt sich in dem Kampfe, der ihr durch die Konterrevolution aufgezwungen wird, auf die breiten Massen der Arbeiterschaft.

Der Reichsregierung sei auch an dieser Stelle gesagt, daß sie ein sehr gewagtes Spiel treibt mit der sächsischen Arbeiterschaft. (Sehr richtig! b. d. K.) **Das soll hier ganz offen ausgesprochen werden. Die Arbeiterschaft wird nicht mit sich spaßen lassen. Man kann die Arbeiterschaft reizen. Man hat sie gereizt bis aufs Blut in diesen Tagen durch die Maßnahmen, die verfassungswidrig gewesen sind; aber die Arbeiterschaft hat sich nicht anpuschen lassen, wie das manche Herren gewünscht haben, sie hat sich nicht herausloden lassen. Aber die Herren sollen auch bedenken, daß es hier eine Grenze gibt** (Sehr richtig! b. d. K.), **und daß dann vielleicht keine Macht mehr imstande ist, den elementaren Sturm, der durch solche Provokationen entfesselt wird, noch aufzuhalten, einen Sturm, von dem wir den Anfang, aber nicht das Ende sehen.** (Sehr richtig! b. d. K.) **Das mögen sie sich gesagt sein lassen.**

Spielen Sie nicht länger mit der Geduld der deutschen Arbeiterklasse, sonst wird die Arbeiterschaft in Deutschland den Kampf, den Sie ihr antragen, aufzunehmen gezwungen sein!

Ich will heute nicht voraussagen, wer bei diesem Kampfe den kürzeren ziehen wird. Davon seien Sie überzeugt, daß die Arbeiterschaft nicht pessimistisch gestimmt ist, sondern daß ein ernster, tiefer Zug in diesen Tagen durch die Arbeiterschaft geht, ein Zug der Entschlossenheit, ein Zug des Ernstes und des eisernen Willens, zusammenzustehen, die Zähne zusammenzubeißen, sich nicht herausloden zu lassen. Aber wenn das Signal kommt, dann wird

die Arbeiterschaft siegreich marschieren in geschlossener Einheitsfront.

(Lebhaftes Bravo! b. d. Komm. und auf der Tribüne.)

*

Der bewaffnete Aufmarsch gegen Sachsen

Reichswehr und Faszisten mobilisieren, Bayern marschbereit

(Eig. Bericht.) **Dresden**, 20. Oktober.

Wie der Leipziger Korrespondent der „Frankf. Ztg." erfährt, haben die Mitglieder des deutschen Offiziersbundes in Sachsen bereits am vergangenen Donnerstag Order erhalten, sich zur Verfügung der Reichswehr zu halten. Eine beträchtliche Anzahl der dem deutschen Offiziersbund angeschlossenen ehemaligen Offiziere ist denn auch am vergangenen Freitag und Sonnabend zum Dienst in die Reichswehr eingestellt worden.

Wie aus Chemnitz berichtet wird, erhalten dort Ingenieure und Techniker seit Tagen Einberufungen zu faszistischen Verbänden. Ansammlungen solcher Mobilisierter auf Truppenübungsplätzen werden gemeldet.

Das Wehrkreiskommando hat in Dresden ein Waffenlager beschlagnahmen lassen, das nach Meldungen bürgerlicher Blätter angeblich den proletarischen Hundertschaften gehören soll.

Wie die „DAZ." meldet, wurde von Kahr-Bayern aus an der bayrisch-sächsischen Grenze alles unternommen, was zu einem sofortigen Vormarsch notwendig ist. Die Plauener Industriellen tragen sich mit den Gedanken, die bayrische Regierung um Schutz gegen die Arbeiterschaft (!) anzugehen.

*

Verbot der proletarischen Hundertschaften in Baden

(Eig. Drahtm.) **Mannheim**, 20. Oktober.

Das badische Staatsministerium veröffentlicht folgendes Notgesetz:

„Der unbefugte Zusammenschluß von Personen zu Aufgaben, die der Polizei vorbehalten sind, ist verboten. Wer es unternimmt, Personen zu solchen Aufgaben zu vereinigen, oder wer für solche Aufgaben durch Uebungen oder auf andere Weise vorbereitet, oder wer solche Vereinigungen oder Vorbereitungen unternimmt, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bestraft.

*

General Reinhardt verbietet Kongresse der freien Gewerkschaften

Mannheim, 20. Oktober.

Der für Sonntag, den 21. Oktober, nach Karlsruhe vom ADGB. einberufene Betriebsrätekongreß wird auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes verboten. Die seit dem 15. September d. J. in Baden vorgenommenen Gewalttätigkeiten und Störung der öffentlichen Ordnung, geben für das Verbot die Grundlage.

*

Freche Drohungen der schwerkapitalistischen Räuber

TU. Aus dem Ruhrgebiet, 19. Oktober.

Die Arbeitsgemeinschaft der nordwestlichen Gruppe der rheinisch-westfälischen Metallindustrie trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Es wurde mitgeteilt, daß die Unternehmer mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage folgendes beabsichtigen: Fristlose Entlassung von Angestellten und Arbeitern, Kündigung von solchen zu dem nächsten Termin und Verkürzung der Arbeitszeit (Kurzarbeit). Die Betriebsräte wandten sich grundsätzlich gegen die Beschlüsse, da sie die Arbeitsgemeinschaft als nicht mehr bestehend ansehen und erhoben gegen den Beschluß der fristlosen Entlassung deshalb Einspruch, weil diese gegen die Bestimmung der gültigen Demobilmachungsverordnungen verstoße.

Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland

Durch Schiedsspruch vom 19. Oktober ist den mitteldeutschen Bergarbeitern eine Lohnerhöhung von 300 Prozent zuerkannt worden. Weiter ist die geforderte Umänderung der Lohntafel, die die Lohnabstufungen vermindern sollte, zu Ungunsten der Kameraden entschieden worden. Durch die abgelehnte Umänderung der Lohntafel erhalten große Teile der Kameradschaften eine Lohnzulage von nur weit unter 300 Prozent.

Infolge der ungeheuren Teuerung, die stündlich wächst, muß die Lohnerhöhung als völlig unzureichend bezeichnet werden. Der zugestandene Lohn reicht selbst günstigsten Falls nicht aus, um die Kameraden mit ihren Familien auch nur mit Brot und Margarine notdürftig zu versorgen. Die ungeheuren Fahrpreise zur Arbeitsstätte verschlingen allein schon ein Drittel des Lohnes.

Der Verband der Bergarbeiter als führende Tariforganisation der am Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Verbände konnten unter den gegenwärtigen Daseinsverhältnissen der Bergarbeiter die Annahme dieser Zugeständnisse nicht empfehlen und lehnt sie ganz entschieden ab.

Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands haben durch übermenschliches Ausharren in bitteren Hungerwochen zu ihrem Teil ihre Neigung zu einer friedlichen Verständigung bewiesen. Nach den erfahrenen Enttäuschungen kann ihnen eine weitere abwartende Haltung nicht empfohlen werden, weshalb wir nunmehr, nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, das letzte gewerkschaftliche Mittel als einzige Möglichkeit betrachten müssen, lebensexistenzmögliche Zugeständnisse zu erringen.

Nur ein einiges und geschlossenes Vorgehen unter der Führung des Bergarbeiterverbandes und der Tariforganisation ist jetzt geboten, wozu wir die gesamten Bergarbeiter Mitteldeutschlands auffordern, geschlossen die Arbeit niederzulegen, strengste Disziplin zu üben und nur den Weisungen des Bergarbeiterverbandes und der Tariforganisationen Folge zu leisten.

Notstandsarbeiten müssen unter allen Umständen verrichtet werden.

Die Zentralleitung ist in Halle, Ladenbergstr. 39, Telephon 3637.

Bezirksleitung Halle des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Die Weißenfelser Betriebsräte fordern den Generalstreik

Die Weißenfelser Betriebsräte nahmen in einer äußerst gutbesuchten Vollversammlung zur gegenwärtigen Lage durch folgende Resolution Stellung:

Weißenfels, 19. Oktober.

Die am 17. Oktober tagende Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte von Weißenfels und Umgegend mißbilligt die Stellungnahme des Bundesvorstandes zu dem Offenen Brief, den die KPD. angesichts der drohenden wirtschaftlichen und politischen Reaktion an den Bundesvorstand gerichtet hat. Die Betriebsräte verurteilen aufs schärfste, daß der Bundesvorstand einen Formfehler zum Anlaß genommen und dadurch ein einheitliches Vorgehen der gesamten proletarischen Kräfte verhindert hat. Die Betriebsräte fordern vom Bundesvorstand des ADGB. die sofortige Einberufung eines Reichs-Betriebsrätekongresses, der entscheidende Kampfmaßnahmen zu beschließen hat. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Aktion und zur Vorbereitung des Reichs-Betriebsrätekongresses ist unter Hinzuziehung der Beamten- und Angestelltenorganisationen, sowie der proletarischen Parteien und des Reichsausschusses der Betriebsräte ein provisorischer Aktionsausschuß zu bilden, der bis zum Zusammentritt des Reichs-Betriebsrätekongresses die notwendigsten Maßnahmen zur Abwehr der Reaktion anordnen soll. Die Betriebsräte fordern: Maßnahmen zur Abwehr der Konterrevolution, zur Beseitigung der Militärdiktatur und des Ausnahmezustandes, zur Erhaltung des Achtstundentages, zur Sicherstellung der proletarischen Existenz. Vorbereitende Maßnahmen zur Bildung einer Arbeiter-Regierung. Maßnahmen zum Schutze der sozialistisch-kommunistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Reichsregierung gegen Sachsen die Reichsexekutive einsetzen wird, wie das schon aus der heutigen Verordnung des Generalleutnants Müller über die Landespolizei und dem Ultimatum an die Regierung Zeigner hervorgeht.

Die Betriebsräte verlangen vom Bundesvorstand, daß er beim ersten entscheidenden Schritt, den die Reichsregierung gegen das Rote Sachsen in irgendwelcher Form unternimmt, sofort den Generalstreik proklamiert und die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands zum Schutze der sächsischen Regierung aufruft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231020-14/fragment/page=0002

Aufgaben der Hundertschaften

Nachstehend geben wir einige wesentliche Stellen aus der Resolution des sächsischen Hundertschaftskongresses über die Aufgaben der proletarischen Abwehrformationen:

Der Kampf um die Macht ist ein Massenkampf. Das Proletariat kann keine Form des Kampfes ablehnen.

Die Kampfformen werden diktiert vom Klassenfeind. Kämpft die Bourgeoisie mit wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen (Kontrolle der Produktion, Kontrolle des Lebensmittelmarktes), den politischen Maßnahmen (Ausnahmegesetz, Diktatur) antwortet das Proletariat mit dem politischen Massenstreik. Dem bewaffneten Angriff der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse begegnet das Proletariat mit Massenaufstand und Anwendung aller Gewalt und des roten Terrors.

Die Konterrevolution ist politisch, wirtschaftlich und militärisch gerüstet wie nie zuvor. **Die Arbeiterklasse muß in kürzester Zeit alle Versäumnisse der Vergangenheit nachholen.** Die PAO. (Proletarische Abwehr-Organisationen) müssen sich der Schwierigkeiten dieser Aufgabe bewußt sein, und getragen vom Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gesamtproletariat, müssen sie sich mit aller Energie politisch und militärisch durchbilden.

Die PAO. haben die Aufgabe, die Massen im Bürgerkrieg zu leiten. Sie sind Verkörperung des Klassenwillens und Stoßtrupp der Klasse. Sie kämpfen nicht isoliert von der Arbeiterklasse, sondern an ihrer Spitze. Jederzeit sind sie bereit, die kampfbereiten Proletarier in ihre Reihen aufzunehmen und so die größten Teile der Arbeiterklasse für die unausweichlichen Kämpfe zu erziehen und die Stoßkraft des Proletariats zu verstärken.

Die PAO. unterstehen unbedingt der politischen Kampfleitung.

Die Waffentechnik ist neu zu üben, wo es irgend möglich ist.

Die Taktik des Bürgerkrieges unterscheidet sich von der des nationalistischen Krieges dadurch, daß keine geschlossenen Fronten bestehen. Oft müssen kleine Gruppen oder Abteilungen, getragen vom Massenwillen, kleine Erfolge erringen, damit die breiten Massen nachdringen, sich bewaffnen und die Erfolge zu Stützpunkten ausbauen können. Das Zusammenarbeiten der Kampfgruppen mit dem Hinterland und im Rücken des Feindes muß gewährleistet werden.

Diese Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn die Durchorganisation der PAO. sofort mit größter Energie erfolgt.

1. Die PAO. werden auf die **größtmöglichste Kampfstärke** gebracht.
2. Alle **kampfbereiten proletarischen Elemente** werden in die PAO. aufgenommen.
3. **In allen Betrieben werden Werbebureaus** eingerichtet.
4. Die **Erwerbslosen** werden an Betriebs- und Ortshundertschaften angeschlossen.
5. **Beamte, Angestellte, Lehrer, freie Berufe, Kleingewerbetreibende, Kleinbauern** werden ebenfalls in die bestehenden PAO. eingegliedert.
6. Die PAO. **werden zu größeren Kampfverbänden** zusammengefaßt.
7. Die PAO. **der einzelnen Betriebe, sowie der Orte, Bezirke usw. stehen zur Verfügung der politischen Leitungen** bzw. **der Aktionsausschüsse, um so das Zusammenwirken mit allen proletarischen Organisationen sicherzustellen.**
8. Sämtliche PAO. **werden einem Zentralausschuß** unterstellt.

Der Gruß an die roten Soldaten Rußlands!

Der erste Hundertschaftskongreß des sächsischen Proletariats sendet den kampferprobten roten Soldaten Rußlands die brüderlichen Grüße. Wir werden Eurem Beispiel folgen, wir werden kämpfen wie Ihr, als Soldaten der Revolution, als Soldaten für das Weltproletariat! Es lebe die Rote Armee Rußlands! Es lebe die Weltrevolution!

Die Ruhrarbeiter rüsten zum Kampf

(Eig. Drahtm.) Essen, 20. Oktober.

Im Ruhrgebiet entwickelt sich eine sehr große Tätigkeit unter der Arbeiterschaft für die Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse. Die Gefahr der separatistischen Bewegung in den proletarischen Schichten geht zurück. In Buer, Gelsenkirchen, Recklinghausen und vielen anderen Industrieorten sind bereits gemeinsame Aktionsausschüsse gebildet worden. Sie sind zusammengesetzt von vier Vertretern der MSPD., der KPD. und je zwei Vertretern des ADGB., der AfA und der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Sogar die christlichen Arbeiter nehmen großen Anteil an den Treibereien der Reichsregierung gegen Sachsen und sind erbittert darüber.

Der Kampfruf der Union der Hand- und Kopfarbeiter

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter tritt an die Bergarbeiter mit einem Flugblatt heran, in dem sie die Bergarbeiter auf die drohende Gefahr der Beseitigung des Achtstundentages aufmerksam macht.

Es heißt in dem Flugblatt:

Nehmt in Belegschaftsversammlungen und Betriebsrätevollversammlungen zu unserem Vorschlag und der Situation Stellung. Bildet auf allen Zechen, in allen Orten und Bezirken

gemeinsame Aktionsausschüsse!

Nur durch die sofortige Herstellung einer alle Arbeiter umfassenden Kampffront werdet Ihr die neuen, unmittelbar bevorstehenden Angriffe auf Eure Existenz abwehren können.

Es geht um Sein oder Nichtsein!

Laßt Euch auf keine Kompromisse ein!

Nicht eine Minute länger darf gearbeitet werden!

Sollte feiger Verrat und brutale Gewalt Euch zur Aufgabe Eurer minimalen Rechte zu zwingen versuchen, dann hinein in den heute schon von Euch vorzubereitenden

Generalstreik aller Bergarbeiter!

Ihr seid unbesiegbar, wenn Ihr einig seid!

Gemeinsame Kampffront

Elsterwerda, 19. Oktober.

In einer vom Ortsausschuß des ADGB. einberufenen Sitzung mit den politischen Parteien erklärten alle Vertreter, die aufgezwungenen Kämpfe in gemeinsamer Front mit allen Mitteln abzuwehren und sich geschlossen hinter die sächsische und thüringische Regierung zu stellen.

Remscheid. Der Ortsausschuß wendet sich in einem Briefe an die Bezirksleitung Düsseldorf und an den ADGB.-Vorstand, in dem die Einberufung eines Betriebsrätekongresses zur Durchführung der Leipziger Beschlüsse des Kampfes gegen die Reaktion gefordert wird. Die Ortsausschüsse von Remscheid, Lennep, Solingen, Opladen haben Deputationen gewählt, die bereits nach Berlin abgefahren sind, um dem Berliner Vorstand des ADGB. den Willen der bergischen Arbeiterschaft kundzutun.

Die Arbeiter-Regierung Thüringens zur Blutschuld der Reichswehr

WTB. Weimar, 19. Oktober.

In der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages erklärte Staatsminister Frölich für die neugebildete thüringische Landesregierung zu dem Vorfall in Meiningen am 13. Oktober, die Reichswehr sei von der Polizei nicht zu Hilfe gerufen worden. Heute würden die Opfer zur letzten Ruhe bestattet. Die Regierung bedauere die Opfer, die ohne das Eingreifen der Reichswehr vermieden worden wären. Den Hinterbliebenen spreche die Regierung ihre Teilnahme aus; sie werde alles tun, um Klarheit über den Vorgang zu schaffen, und nicht ruhen, bis der Ausnahmezustand beseitigt sei.

*

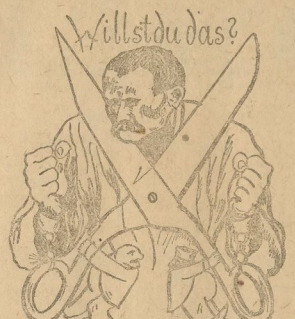
Der badische Finanzminister forderte in einer Zentrumsversammlung die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Das Verbot der „Roten Fahne" aufgehoben

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. Oktober.

Seit vier Wochen ist die „Rote Fahne" gestern zum ersten Mal wieder erschienen.

Aus den Betrieben und Werkstätten



Erscheint nach Bedarf. № 1.
Organ der Berl. Stock-Arbeiter.

Arbeiter, lest und urteilt:

Um diese Zeitung möglichst interessant zu gestalten, werden die Herren Unternehmer gebeten, sich recht zahlreich an der Mitarbeit zu beteiligen.

ARBEITER, ANGESTELLTE, BEAMTE!

Ludendorff droht mit dem Marsch nach Berlin. Das Stinnesprogramm mit 10-Stundentag und Massenarbeitslosigkeit soll, nach der Liquidierung des Ruhrkonflikts, Wirklichkeit werden.

Die grösste Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft, ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob Parteilose, ist vorhanden.

Die grösste Kampfbereitschaft ist notwendig.

Notwendig ist mehr denn je, dass eine Presse, die der Arbeiterschaft unerschrocken und klar den richtigen Weg weisend vorangeht, vorhanden ist.

Diese Presse ist die „Rote Fahne".

Die Sozialdemokraten Sollmann, Hilferding und Robert Schmidt als Minister der Koalition haben zum zweiten Male während ihrer Amtstätigkeit die „Rote Fahne" verboten.

Klassengenossen! Ein Schrei der Empörung muss durch alle Betriebe und Gewerkschaften gehen.

Glaubt nicht, Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, dass Euch dieses Verbot nichts angehe. Was heute uns, geschieht jetzt schon Euren Parteigenossen in Bayern und wird Euch unter einem faschistischen Regime in ganz Deutschland geschehen.

Baut dem vor!

Kämpft gemeinsam mit allen Arbeitenden gegen diese Regierung der Stinnes, für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Kämpft für ein Deutschland, das frei ist von allen nach Arbeiterblut lechzenden Ludendorffern, frei von allen ausbeuterischen Stinnessen.

Kämpft für sofortige Freigabe der „Roten Fahne".

Arbeiter, die Faschisten halten überall Felddienstübungen ab. Was wollt Ihr diesen Räuberbanden entgegensetzen, wenn sie Euch überfallen?

Am 7. 9. entliess der Stockfabrikant Bernh. Noa, Michaelkirchstr. 20, von der 98 Personen starken Belegschaft seines Betriebes 15 Männer und 5 Frauen angeblich wegen Arbeitsmangel.

Die Entlassungsliste war so sonderbar zusammengestellt, dass es der Obmann des Betriebsrates, Koll. T., für notwendig hielt, in der Werkstattversammlung besonders darauf hinzuweisen, dass der Betriebsrat an dieser Aufstellung nicht mitgewirkt habe.

Vierzehn Tage später stellte es sich heraus, dass der grösste Teil des Betriebes wieder voll arbeiten muss. Ja, es sollen sogar wieder zwei Drechsler neu eingestellt werden. Der Unternehmer staunt nun Bauklötzer, als er hört, dass er neue Leute bekommen wird anstelle der zwei vor 14 Tagen entlassenen Drechsler.

Wie es den Herren gerade passt.

Ein Schiedsspruch vom 21. 9. setzt für die Woche vom 22.—28. 9. für die Buchdrucker einen Lohn von 17 708 000 pro Stunde fest. Und Ihr Holzmaden?

Denkt an Eure Brüder, die für Euch kämpfen und leiden!
Schützt Eure Betriebsräte!

Betriebszellenzeitungen

Immer mehr greift der Gedanke der Besprechung der Verhältnisse des Betriebes bei unseren Genossen Platz. Durch die Betriebszellenzeitungen sollen die uns noch fernstehenden Arbeiter für die Kommunistische Partei gewonnen werden.

Die Genossen der Belegschaft der „Wasag"-Werke haben sehr gut das Gebot der Stunde begriffen, sie haben eine Betriebszellen-Zeitung herausgebracht, um die Belegschaft aufzurütteln und um die Zelle der Kommunistischen Partei im Betrieb zu scharen.

Die Zelle der Stockarbeiter in Berlin hat sich besonders angestrengt, das Blid hat ein Genosse 15mal auf den Zeitungen mit der Hand gezeichnet, die 15 Zeitungen sind dann im Betrieb angeschlagen worden.

Wir bringen die Zeitungen zum Abdruck, um unseren Genossen eine Anregung zur Einführung und Ausbau der Betriebszellen-Zeitungen zu geben. An den Arbeitern der „Wasag"-Werke, die die erste Betriebszellen-Zeitung für unseren Bezirk herausgebracht haben, müssen sich unsere Genossen ein Beispiel nehmen.

Nr. 1 **Betriebszeitung** **Erster Jahrgang**

der Belegschaft „Wasag", Reinsdorf

Schriftleiter: Mannland und Nimbehn in Wolkenkuckucksheim.

An alle!

Mit dem heutigen Tage erscheint die erste Nummer. Die Namen der Schriftleiter bürgen dafür, daß stets die neuesten Nachrichten und intimsten Angelegenheiten zur Kenntnis gelangen.

*

Warum erhält die Belegschaft keine Kartoffeln, obwohl bereits Listen angefertigt waren?

Herr Landmann verfügt, es ist kein Geld da. Das Werk arbeitet unproduktiv. (Anm. der Redaktion: Warum arbeitet es unproduktiv?) 1. Weil ein großer Teil der Belegschaft während der Arbeitszeit in den Gärten der höheren Beamten beschäftigt wird. 2. Weil die Werkmeisterei zum Teil Hausmeisterei der höheren Beamten ist. 3. Weil die Meischen nach Angabe des Herrn Generaldirektors geborene Faulenzer sind.

*

Wie kann die Produktion gehoben werden?

Durch intensivste Mehrarbeit, d. h. statt 24 Stunden 60 Stunden pro Woche. Hierfür bürgt folgendes Telephongespräch: „Rrrrrrr! Hier Oberingenieur! — Hier Präzisionswerkstatt! Herr Oberingenieur, die Leute streiken. So, so. Warum? Sie haben Hunger. Dann sagen Sie den Leuten, wenn sie satt werden wollen, müssen sie noch viel mehr arbeiten, damit wir mehr verkaufen können.

*

Politischer Teil.

Stinnes diktiert mit Degoutte im Ruhrgebiet den Zehnstundentag. Die MSPD. stimmt im Reichsrat dem Ermächtigungsgesetz zu. Dies wird zur Folge haben, Ausschaltung des Reichstags bis zum 31. März 1924 und Beseitigung der letzten Errungenschaften der Revolution. Der Dollar steht auf einer Milliarde. Ein Viertelpfund Wurst kostet 250 Millionen. Der Kurzarbeiter bekommt heute als Wochenverdienst 325 Goldpfennige. Dafür kauft er: 50 Pfund Kartoffeln, ein Pfund Schmalz, ein Pfund Margarine und vier Brote.

Was hilft uns aus diesem Elend? Die Koalitionsregierung? Nein! Nur die Arbeiter-Regierung. In Sachsen und Thüringen ist sie auf dem Marsche. Darum stärkt die Einheitsfront des Proletariats und schafft auch im Reiche die Arbeiter-Regierung.

Italienische Faszisten bei der Mansfeld A.-G.

Auf dem Wollschacht scheint eine sehr große Jagd nach mißliebigen Arbeitern eingesetzt zu haben. Die unbeliebten Arbeiter werden dann von der Mansfeld A.-G. als Lohndrücker benutzt. Die Eisenbahnbrücke, sogenannte Vetterbrücke, bei der gewerkschaftlichen Bahn hatte sich sehr gesenkt und mußte darum repariert werden. Die Arbeit sollte die Firma Drücker & Ko. erledigen. Da aber die Arbeitsleute der Firma „zu hohe Löhne" beanspruchten, wurden diese einfach ausgesperrt und die Bergarbeiter, die bei der Gewerkschaft schwarzgeschrieben sind, müssen die Arbeit für Schichtlohn unter dem Kommando eines italienischen Faszisten ausführen. Eine besondere Rolle spielt dabei auch der Obersteiger Lorek, der jeden Arbeiter, der sich irgendwie gegen Unterdrückungsmaßnahmen des italienischen Faszisten wehrt, aufs Straßenpflaster werfen will.

Hier fragt also die Mansfeld-Syndikat A.-G., der sonst vor Patriotismus die Augen übergehen, nichts danach, wenn deutsche Arbeiter von „Ausländern" geschurigelt werden, sobald das Profitinteresse der Gesellschaft dabei gewahrt wird.

Sonntag Massendemonstrationen in Thüringen

(Eig. Bericht.) Weimar, 20. Oktober.

Die Bezirksleitungen der KPD. und MSPD. Groß-Thüringens richten an die Gesamtarbeiterschaft folgenden Aufruf: „Die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung für das Land Thüringen ist zur Tatsache geworden. — An Euch liegt es, durch tatkräftigste Unterstützung dieser Regierung die Möglichkeit zu geben, daß die gesteckten Ziele erreicht werden. — Wir rufen Euch auf, am kommenden Sonnabend, dem 20., und Sonntag, dem 21. Oktober, überall gemeinsame Kundgebungen, in denen je ein Redner der beiden Parteien spricht, für die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung zu veranstalten."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231020-14/fragment/page=0003

Ein Stinnes-Vertrag mit Rußland. Wie die „Pepo" von gut unterrichteter Seite erfährt, hat der Stinnes-Konzern mit der Petersburger Cooperativ-Gesellschaft „Pepo" einen umfangreichen Vertrag über die Lieferung von Därmen abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt durch Stinnes in der Form eines Kredites in Dollar über 33⅓ Prozent des Gesamtabschlusses.

Der konterrevolutionäre Ring um Deutschland. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Masaryk, ist in Begleitung des Ministers des Aeußern Benesch, heute vormittag hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof vom Präsidenten der Republik, Millerand, dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem Kammer- und Senatspräsidenten empfangen. Masaryk, der Vasalle Poincarés, wird seine Instruktionen für den Fall einer deutschen Revolution jetzt in Paris erhalten.

Ein litauischer Uebergriff. Am Montagmorgen sind in Tilsit und in den Orten der Umgebung massenhaft Flugblätter angeschlagen und verteilt worden, die sich an die Bewohner Ostpreußens wenden und unterzeichnet waren: „Das Komitee zur Rettung Ostpreußens". Aus dem Inhalt ergibt sich, daß es sich um großlitauische Propaganda zur Loslösung Ostpreußens und Einverleibung in Litauen handelt. Ueber die Urheber des Flugblattes ist nichts bekanntgeworden.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 10. Oktober 1 251 600; das bedeutet eine Zunahme von 5418 gegenüber der Vorwoche.

Rühle verhaftet. Auf Veranlassung des sächsischen Reichswehrkommandos ist Otto Rühle (KAPD.) wegen Flugblattverbreitung verhaftet worden.

Ausland

Der zukünftige Präsidentschaftskandidat in Amerika

Wie eine Nachrichtenagentur aus Neuyork berichtet, hat der bekannte Autofabrikant Henry Ford vorgeschlagen, dem Staat den erzielten Kriegsgewinn im ungefähren Betrage von 7 Millionen Dollar zurückzuzahlen. Der „Matin" erklärt dazu, das wichtige an dieser Nachricht [illegible], daß Ford seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten aufzustellen gedenke.

Kommunistenverfolgung in Finnland

WTB., Helsingfors, 19. Oktober.

Der finnische Reichstag trat gestern nach den Ferien wieder zusammen. Der finnische Reichstagspräsident teilte mit, das Hofgericht von Abo habe an den Präsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es erklärt, **alle Mitglieder der kommunistischen Reichstagsgruppe würden wegen hochverräterischer Umtriebe unter Anklage gestellt werden.** Das Hofgericht habe daher verfügt, daß die im August verhafteten Abgeordneten weiter in Haft zu behalten und **die noch freigebliebenen fünf kommunistischen Abgeordneten zu verhaften sind.**

Faszistische Bombenattentate

Rom, 19. Oktober.

Gegen das Zeitungsgebäude des „Corriere della Sera" wurden am Sonnabend drei Bomben geworfen. Eine Bombe explodierte im Hofraum der Druckerei des „Avanti". Die Attentate stehen im Zusammenhang mit den drohenden Artikeln, die im „Popolo d'Italia" gegen den „Corriere" und den „Avanti" erschienen sind.

Vor dem Generalstreik in Polen?

TU. Warschau, 19. Oktober.

Der Zentralausschuß der Gewerkschaften in Polen hat beschlossen, von der Regierung die Garantierung der Teuerungszuschläge und Lohnerhöhungen für die Arbeiter der Industrie und bei den Staatseisenbahnen zu fordern. Die Beträge sollen allwöchentlich neu festgestellt werden. Für die Unterstützung dieser Forderung wird ein Generalstreik in ganz Polen vorbereitet, dessen Zeitpunkt im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Fraktion im Warschauer Parlament festgesetzt werden soll.

Im Kohlenbecken von Dombrowo sind die Bergarbeiter in den Ausstand getreten, um eine Lohnerhöhung von 200 Prozent durchzusetzen, während die Arbeitgeber nur 130 Prozent bewilligen wollen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Verbandstag der Metallarbeiter abermals verschoben

P.C.G. Aus berufener Seite wird uns mitgeteilt, daß der Verbandstag der Metallarbeiter abermals verschoben worden ist, und zwar auf eine unbestimmte Zeit! Die finanzielle Lage des Verbandes erlaubt nicht, seine höchste Instanz tagen zu lassen.

Die Tatsache rückt ins grelle Licht den Verfall der Gewerkschaften als kampffähige Organisationen. Sie stehen und fallen mit der bürgerlichen Staats-„Ordnung", für die sie, nach einem neuerlichen Ausspruch von Leipart auf der gestrigen Tagung der drei Bundesausschüsse als eine der Stützen immer dienten und noch gegenwärtig dienen wollen. Dank der inflatorischen Politik aller jener Regierungen, die ihre sozialdemokratischen Vertreter der Gewerkschaften zusammen mit der Bourgeoisie seit November 1918 bildeten oder die sie mit allen ihren Kräften unterstützten, sind die Gewerkschaften schon soweit, daß die mächtigste von ihnen, der DMV., nicht imstande ist, seinen Verbandstag abzuhalten. Kann es eine schärfere Kritik der arbeitsgemeinschaftlichen Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer geben, die vier Jahre lang die Kommunisten mit der Verleumdung bekämpfen, daß sie die Gewerkschaften zerstören wollen?

Nur die Erfüllung der Gewerkschaften mit einem revolutionären Geist kann sie zu einem brauchbaren Instrument der Befreiung der Arbeiterklasse wieder machen!

Der Tod der Arbeitsgemeinschaft

Der Vorstand und der große Ausschuß des Gewerkschaftsringes haben eine Entschließung gefaßt, in der die Gründe des wirtschaftspolitischen Ausschusses für seinen Antrag, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuscheiden, anerkannt werden. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens für Staat und Wirtschaft wird der Gewerkschaftsring mit den anderen Spitzengewerkschaften über eine einheitliche Stellungnahme Fühlung nehmen, um eventuell eine Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu bilden.

1 Milliarde Mark kostet der „Klassenkampf" in der 4. Oktoberwoche. Leser! Zahlt sofort, erhaltet Eure Zeitung!

Extra-Angebote in allen Abteilungen

4156 um weiten Kreisen der Bevölkerung die Beschaffung von Winterkleidung möglich zu machen.

Wäsche-Stoff Linon-Ausrüstung Meter 0,52

Kleider-Velours schöne, dunkle Muster Meter 0,68

Bett-Kattune schöne Blumenmuster Meter 0,72

Hauskleider-Stoffe gestreift u. einfarbig Meter 1,20

Ein Posten **Blusen-Stoffe** Streifen u. Karos m. klein. Rauhfehl. Mtr. 0,88

Cheviots reine Wolle, marine Meter 2,75

Porzellan-Tassen mit Untertassen Stück 0,10

Porz.-Speiseteller groß, flach Stück 0,75

Reste zur Hälfte des regulären Verkaufspreises. Verkauf auf Extratischen im Erdgeschoß.

Damen-Strümpfe engl. lang, schwarz, mode und leder . . . . Paar 0,35

Herren-Socken grau, stark gestrickt Paar 0,30

Kinder-Garnituren reine Wolle, Sweater, Schal und Mütze . . . . Stück 1,95

Kernseife Doppelstück . 200 Gramm 0,22

Toiletteseifen verschiedene Gerüche, Stück 0,12

Nußbaum

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

Winter-Mäntel aus dickem, wolligem Stoff . . . Stück 7,50

Raglan moderne Form, weit geschnitten Stück 11,50

Kostüm-Röcke schwarz-weiß kariert Stück 1,90

Hemdblusen Sportflanell und Zephir Stück 2,85 1,95 0,95

Herren-Einsatzhemden weiß Trikot, schöne Einsätze Stück 3,10 2,25

Herren-Normalhemden wollgemischt Stück 3,25

Damen-Untertaillen mit reich. Stickerei Stück 0,88

Damen-Hemden mit br. Stick., a. gut. Hemdentuch, Stück 1,65

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001, Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Ortsleitung. Montag, 22. Oktober, abends 7½ Uhr: Sitzung.

Funktionäre! Achtung! Sonntag, 21. Oktober, vormittags 9½ Uhr, treffen sich alle Funktionäre in ihrem Distriktslokal.

Fraktion der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Montag, 22. Oktober, gleich nach Arbeitsschluß, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Aeußerst wichtige Sitzung. Alles muß erscheinen.**

Baudelegierte. Montag, gleich nach Arbeitsschluß: **Material abholen.**

Kommunistische Transportarbeiter (Verkehrsbund). Sonntag, 21. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.** Parteibuch ist mitzubringen.

Distrikt 12. Sämtliche Funktionäre Sonntag 10 Uhr im Distriktslokal **Abrechnungsformulare abholen.**

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Halle-Saalkreis

Nauendorf. Sonntag, 21. Oktober, abends ½8 Uhr, im Gasthof Husung: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 23. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung.** Thema: „Achtstundentag, Stinnes und das Proletariat." Referent: Landtagsabgeordneter Schnetter, Halle.

Glesien. Dienstag, 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage." Ref.: Gen. Karl Baumgärtel, Halle.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 23. Oktober, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage." Referent: Genosse Willi Sachse, Halle.

Kreis Weißenfels

Teuchern. Sonnabend, 20. Oktober, abends ½8 Uhr, im Gasthof „Grüner Baum": Oeffentliche Versammlung. Thema: Die politische Lage." Referent: Genosse Smolka, Weißenfels.

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Telephon 2251.

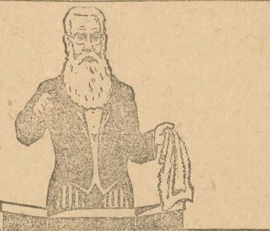
Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44, Telephon 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petristraße 8. Zeitz, Liebknechtstraße 4. Weißenfels, Dammstraße 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstraße 41. Bockwitz, Volkshaus. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle. Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstraße 4.

Schlüsselzahlen: Biva 60 000 000; B.-B. 1 600 000 000.

Sowjetsterne, kleine, Stück 0,40 Goldmark
Bronzebroschen, Stück 0,40 Goldmark,
„ große, Stck. 0,60 Goldmark
Nur gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme.

Korn & Zöllner, Fernsprecher 3763. Brüderstr. 13. Eisenwaren und Werkzeuge. 287

Spendet für den Kampffonds



*545

Für **Wollsachen** gebrauchen Sie ein Waschmittel, das jedes Reiben der Stoffe überflüssig macht.

Persil

ist für die Behandlung von Wollwäsche das gegebene Waschmittel. Es bewirkt die Säuberung selbsttätig, ohne mechanische Einwirkung, gewährt also größtmöglichste Schonung des Gewebes.
Ein Verfilzen und Einschrumpfen ist ausgeschlossen; die Stücke bleiben griffig und weich und behalten ihre Farben. — Man wäscht Wollsachen handwarm durch leichtes Drücken und spült in gleichfalls schwachwarmem Wasser gut nach. — Beim Trocknen dürfen sie keiner großen Hitze (auch nicht der Sonne) ausgesetzt werden.

Schokoladen Zuckerwaren usw. 276 kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b. Willy Voigt, vormals Bachran & Co. Markt 6, gegenüber Börse.

Jucksin 282 zum sofortigen Vertilgen von Hundeflöhen, Bettflöhen, Geflügelungeziefer, Blattläusen u. a. Pflanzenschädlingen. Halloren-Drogerie, Hallorenstraße 4.

Mehring, Karl Marx. Die beste Marx-Biographie. Grundpreis 5,— mal Schlüsselzahl des B.-B. Zu beziehen durch: Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, und deren Filialen

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. **Verlag Klassenkampf.**

Lack, Oel farben, Pinsel, Kreide, Leim, (Schutzm. ‚Peradura', reichspatentamtl. gesch.) **Schablonen, Intarsien** kauft man fachmännisch und billigst bei 4154 **Farben-Kramer** Nur Mittelwache 9/10. Fernruf 1465.

Stadt-Theater Sonnabend, abends 7½ Uhr: **Zigeunerliebe.** Sonntag: 4152 **Figaros Hochzeit.**

Thalia-Theater. Sonntag, abends 7½ Uhr: [4153 **Der Lampenschirm.**

Mod. Theater 8 Uhr Gastspiele 8 Uhr des besten Komikers **Paul Beckers Die Hamburger Filiale.** 1150 Vorverk. 11–1 Uhr.

1 Min. v. Hettst. Bahnhof **Hasen-, Kanin-, Ziegen-Felle Schafwolle, Lumpen, Wollabf., Papier, Bücher** kauft ständig [4155 **Werner Peuschel,** Mansfelder Str 47, 1 Min. v. Hettst. Bahnhof

Abonniert den „Kommunistischen Gewerkschafter".

Volkspark. Sonntag: **Konzert ∘ Ball Varieté.** 4151

Von heute 3 Uhr an steht ein Transport prima *546

Ferkel, Läufer- u. Futterschweine

in großer Auswahl preiswert zum Verkauf. Nehme auch Getreide und Kartoffeln mit in Zahlung.

H. Richter, Trothaer Str. 80. Telephon 3752.

Geschlechtsleidende!

Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Berufsstör.; aufklär. Broschüre m. taus. freiwill. Dankschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Manneschwäche, 4) Weißfluß, kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsendung d. doppelt. Briefportos für Porto etc.
Leiden genau angeben!
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H. Berlin 53, Lietzmannstr. 22. *287

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin für Priester (Saalkreis) gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Rich. Kittel melden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231020-14/fragment/page=0004

Der Preiswahnsinn triumphiert!

Verzweiflungsausbrüche hungernder Frauen. — Die hallischen Gewerkschaftsfunktionäre und die Betriebsräte zum Kampf bereit.

Die Preise sind seit gestern um weitere 100 Prozent gestiegen. Verschiedene Warenpreise sind über die 100 Prozent noch weit hinausgeschossen. Es gibt jetzt kein Halten mehr. Niemand kann noch rechnen mit dem, was er hat. Weder der Finanzminister des Reiches noch die Arbeiterfrau, die immer wieder ihre Scheine zählt, wenn sie nach einem halben Pfund Margarine, oder einem Liter Milch Kette steht. Der volle Arbeitsverdienst des Mannes reicht gerade noch für das trockene Brot und für die Fahrkarte zur Arbeitsstätte. Alles wird jetzt nach Goldmark berechnet. Auch die Kleinhändler haben sich zusammengeschlossen und berechnen ihre Waren nach Goldmark. Der Arbeiter, der seinen Lohn in entwerteter Papiermark bekommt, kann nichts mehr kaufen. Die Umrechnung der Goldmark in Papiermark fast bei jeder Ware ergibt viele Milliarden, die der Arbeiter die ganze Woche nicht verdient.

Furchtbare Szenen spielen sich jetzt auf den Straßen ab. Frauen und alte ergraute Männer sieht man weinend und händeringend vor den Läden stehen. Sie haben kein Geld und nichts zu essen.

Heute morgen machten **verzweifelnde Frauen den Versuch, einen Bäckerladen zu stürmen.** Sie haben **kein Brot, erklärten sie, um die hungrigen Mäuler der Kleinen daheim zu stillen.** Im letzten Augenblick gelang es einer Genossin, die Frauen von ihrem Vorhaben abzubringen. Die beiden Sipobeamten ließen unsere Genossin ruhig gewähren, als diese an die Frauen eine kurze Ansprache hielt.

Die Verzweiflung der Hungernden kann kaum noch gesteigert werden. Es bedarf nicht mehr der heimtückischen Provokationen gekaufter Subjekte, um diese Verzweiflung zur Explosion zu bringen. Seit heute kostet

ein Brot	**900**	**Millionen,**
ein Pfund Margarine	**1200**	„
ein Pfund Mehl	**500**	„
ein Liter Milch	**240**	„
ein Pfund Bücklinge	**400**	„
ein Pfund Pferdefleisch	**400**	„
ein Pfund Arbeiterwurst	**1700**	„
ein Pfund Rinfleisch	**1900**	„
ein Pfund Speck	**2000**	„
ein Pfund Butter	**2600**	„
ein Zentner Kartoffeln	**6000**	„
eine Straßenbahnfahrt	**100 und 150**	**Millionen.**

In den nächsten Tagen werden weitere ungeheure Preissteigerungen folgen. So soll z. B., wie uns heute schon mitgeteilt wird, das Brot in den ersten Tagen der nächsten Woche 1,3 Milliarden kosten. Diesen ungeheuren Preissteigerungen stehen ganz unzulängliche Löhne gegenüber, Löhne, die nicht einmal ausreichen, ein Kind satt zu machen.

*

Der Magistrat zahlt Wochenlöhne von 250 Millionen Mark

Vor uns liegen einige Lohntüten von den Aufwartefrauen der städtischen Bedürfnisanstalten. In dieser Woche haben die Frauen sage und schreibe 250 Millionen Mark herausbekommen. Das ist ein unglaublicher Zustand. Wir möchten daher an Herrn Balcke, der Dezernent für die Straßenreinigung ist, die Frage richten, ob ihm diese Zustände bekannt sind?

*

Für den Kampf!

Die hallischen Betriebs- und Beamtenräte und die Gewerkschaftsfunktionäre zur politischen Lage

Im „Volkspark" in Halle fand gestern abend eine Betriebs- u. Beamtenrätevollversammlung mit den Gewerkschaftsfunktionären statt. Die Versammlung war einberufen worden vom Gewerkschaftskartell, von der AfA und dem Allgemeinen Deutschen Beamten-Bund und wies einen starken Besuch auf. Kollege Schröder vom Hauptvorstand des ZdA. sprach zunächst über die Währungsfrage, die er als eine politische Machtfrage bezeichnete und nur gelöst werden kann durch die proletarische Klasse. Er betonte, daß nur die Arbeiterklasse allein in der Lage ist, alle notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen durchzuführen. Zum Schluß forderte er alle auf, jetzt allen Bruderstreit beiseite zu lassen und eine geschlossene Einheitsfront aller Werktätigen zu bilden, um in der Stunde der größten Gefahren den Kampf um Sein oder Nichtsein siegreich zu Ende zu führen.

Dann sprach Genosse Eichhorn über die politische Lage. Der Redner vermied alle scharfe Polemik gegen die Politik der VSPD.- und der reformistischen Gewerkschaftsführer und beschäftigte sich ausschließlich mit dem, was die Arbeiterschaft zu seiner Rettung jetzt tun muß. Seine Ausführungen waren von einem solchen tiefen Ernst getragen, daß sich auch die VSPD.-Kollegen der gefahrdrohenden Situation in vollem Umfange bewußt wurden und den überzeugenden Darlegungen und den Forderungen des Genossen Eichhorn zustimmten.

In der Diskussion versuchten zwei mit Herrn F. O. H. Schulz gesinnungsverwandte Gewerkschafsangestellte (Gottvogt und Stöhr) den Eindruck der Ausführungen des Genossen Eichhorn zu verwischen. Ihr Ziel aber erreichten sie jedoch nicht; denn auch die VSPD.-, Betriebs- und Beamtenräte und die Gewerkschaftsfunktionäre stimmten geschlossen für die eingebrachte Entschließung. Es waren nur etwa sechs Gewerkschaftsangestellte, die gegen die Entschließung stimmten. (Die Entschließung drucken wir im politischen Teil dieser Ausgabe ab.)

*

Die Betriebsräte der hallischen Metallindustrie für die Einberufung eines Reichs-Betriebsrätekongresses

Am Mittwoch fand in der Produktiv-Genossenschaft eine Gruppenversammlung der Betriebsräte von der Metallindustrie statt. Kollege Schwenkhammer sprach über die jetzigen Aufgaben der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. An das Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache an. Folgender Antrag wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen:

„Die Gruppenversammlung der Metallindustrie steht auf dem Standpunkte, daß so schnell wie möglich ein Betriebsrätekongreß einberufen werden muß, um über das ganze Reich Richtlinien festzulegen, die der Arbeiterschaft in der wirtschaftlichen Not zu helfen im Stande sind. Weiter verlangt die Gruppe Metall von den Spitzen der Gewerkschaften, daß sie sich dem Massenwillen der Gewerkschafter fügen und den Willen sich zu eigen machen, der Arbeiterschaft die Abhaltung des Kongresses aus eigenen Mitteln zu finanzieren."

Auch die VSPD. Betriebsräte waren grundsätzlich von der Notwendigkeit des Betriebsrätekongresses überzeugt. Sie glaubten aber, daß es unmöglich wäre, die Mittel für das Stattfinden des Kongresses aufbringen zu können.

*

Die Kleinpächter und Schrebergärtner

waren am Freitag, dem 19. Oktober, nach dem „Volkspark" zu einer Protestversammlung zusammenberufen worden, um gegen das ungeheuerliche Vorgehen des Magistrats der Stadt Halle (bei Festsetzung und Eintreibung des Pachtszinses) zu protestieren. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen der Bundesleitung. Professor Abderhalden hielt das einleitende Referat. Die Ausführungen des Redners gaben ein deutliches Bild über die unverschämten Ausbeutungsmethoden des hallischen Magistrats, der die ärmsten Bevölkerungsschichten immer weiter mit neuen Lasten beglückt, und die Folgen der dauernden Geldentwertung jedesmal auf die schaffenden Bevölkerung abwälzt. Besonders kraß ist das Vorgehen in diesem Fall, da hier meist kinderreiche Familien, Kleinrentner, Invaliden und Arbeiter (die jetzt meist nur als Kurzarbeiter tätig sind) in Betracht kommen. Der Kleingartenbeirat, der zum Schutze dieser Kreise durch Gesetz eingesetzt wurde, wird vom Magistrat nur als „beratende" Körperschaft gewertet. Die dort gefaßten Beschlüsse (Pächter und Verpächter wirken mit) gelten dem Magistrat nichts. So hatte der Beirat beschlossen en dPachtzins auf 0,5, 0,37½ und 0,25 Goldpfennig festzusetzen. Der Magistrat erhöht den Pachtzins aber eigenmächtig auf 0,8 und 0,5 Goldpfennig. Ebenso wurde beschlossen, den mittleren Dollarstand von 15. bis 20. September bei der Berechnung zugrunde zu legen. Der Magistrat verlangt aber die Zahlung nach dem Stande des Dollars am Tage der Zahlung. Ein Kleingarten von 300 Quadratmeter Größe kostete also Anfang Oktober beim Bund etwa 350 Millionen Mark und müßte heute, bei 12 Milliarden Dollarstand, mit etwa 7000 Millionen bezahlt werden.

In der Diskussion war, die Stimmung über dieses Vorgehen sehr erregt. Einzelne Redner verlangte durch eine machtvolle Demonstration dem Magistrat die Wünsche der Kleingärtner zu übermitteln. Auch eine Beschwerde beim Wirtschaftsminister wurde verlangt. Am Montag, dem 22. Oktober, soll der Stadtverordneten-Versammlung diese Frage unterbreitet werden.

Die Kleingärtner befürchten mit Recht, daß ihnen auf diese Art nur die Ländereien entzogen werden sollen, damit nach dem Fallen der Zwangswirtschaft die Privatkapitalisten die Ausbeutung der Ländereien wieder in die Hände bekommen. Ein Musterbeispiel wurde dafür auch angeführt: Oberamtmann Görg, Pächter des städtischen Gutes Gimritz verlangt die Aecker am „Grünen Weg" zurück, um diese angeblich wieder in einen „ordnungsgemäßen" Zustand zu bringen. Auch die privaten Verpächter und sogar die Kirchengemeinden gehen gegen die Kleingärtner in der schärfsten Weise vor. Verschiedene Klagen gegen den Bund sind bereits im Gange.

Halle und Saalkreis

Halle, 20. Oktober 1923.

Deutschland und Sowjet-Rußland

Eine neue Bolschewistenhetze

Stets wenn in Deutschland die Krise des drohenden Zusammenbruchs am gefährlichsten war, stieg das Barometer der Bolschewistenhetze im deutschen Blätterwald. Die Interessen Stinnes und der übrigen Landesverräter hängen damit eng zusammen. Und warum? Durch die Schaffung des europäischen Montantrusts, durch den Sieg des Faszismus, wird eine neue Offensive des Kapitals gegen Sowjet-Rußland eingeleitet werden. Mit dem Siege des Faszismus in Deutschland wäre Rußland hart bedroht. Die unzweideutigen Erklärungen des Genossen Radek lassen über Rußlands Maßnahmen im Falle einer neuen Kapitalsoffensive keinen Zweifel. Stinnes und die übrigen Landesverräter wissen sehr gut, welche ungeheuren Werte sie aus Rußland rauben könnten. Sie wissen aber auch, was Rußland dem deutschen Proletariat zu geben vermag. Um das immer fester werdende Bündnis Rußlands mit der deutschen Arbeiterschaft zu stören, versuchen die Profithyänen mit Hilfe der von ihnen ausgehaltenen nationalistischen Presse die öffentliche Meinung in ihrem Interesse zu beeinflussen. Und die moralisch auf den Hund gekommenen Zeilenschinder von Stinnes Gnaden strengen sich in der Tat überaus an, um ihren Auftraggebern gerecht zu werden. In einem („A.B.C.") Artikel der „Allgemeinen Ztg. für Mitteldeutschland" „Bolschewistenhoffnungen" überschrieben, wird eine beispielslos freche Hetze gegen Sowjet-Rußland betrieben. U. a. heißt es in dem Artikel:

„Zur Aufpeitschung der deutschen Kommunisten hat die Sowjetregierung sogar zu dem Bluff gegriffen, über den Gesundheitszustand Lenins allerhand wahrheitswidrige Nachrichten zu verbreiten und zu behaupten, daß es dem Führer des Kommunismus wiederum besser gehe, und zwar bedeutend besser, und daß er sich lebhaft für die katastrophale Lage Deutschlands interessiere! Mit solchen Mätzchen soll den deutschen Kommunisten neue Hoffnung gemacht werden. Seid nur zuversichtlich und schlagt bald los. Lenin denkt an Euch und wird Euch helfen — das ist der Sinn dieser bolschewistischen Lüge von der wesentlichen Besserung des Gesundheitszustandes eines endgültig verblödeten Mannes, der, wie von glaubwürdiger Seite berichtet wird, im Kreml auf allen Vieren herumläuft un die rotarmistischen Ehrenwachen anbellt."

Wenn man glaubt, mit diesem entsetzlich dummen Zeug, die deutsche Spießerseele zu beängstigen, dann muß es freilich schlecht bestellt sein, um den teutschen Mannesmut deutscher Patrioten. Wir wollen dazu nur sagen, daß deutsche Aerzte Lenins Gesundheitszustand beobachten, deutsche Aerzte, die gewiß bei manchem Hohenzollern und anderen degenerierten Staatsstützen Gehirnparalyse festgestellt hätten, wenn sie über den Geisteszustand dieser Gesellen gefragt worden wären.

Der Sinn des blöden Geschreibsels wird klar, wenn man weiter liest, daß „die entsetzliche Wirtschaftslage Deutschlands, der furchtbare Druck der Franzosen, das entsetzliche Elend, das immer größere deutsche Volksteile ergreift, die Sowjetregierung völlig kalt lasse, daß man vergeblich in bolschewistischen Zeitungen nach Aeußerungen der Sympathie für das arme, ausgebeutete und irregeführte deutsche Volk suche, daß die Moskauer Machthaber nichts von Mitgefühl für die trostlose Lage des deutschen Volkes übrig hätten."

Haben die Tintenkulis der Stinnespresse nie etwas von den Getreidelieferungen der russischen Arbeiter und Bauern ins Ruhrgebiet gehört? Die praktische Solidarität der russischen Bolschewiki war freilich wirkungsvoller als alle scheinheiligen „Hilfsaktionen" der deutschen Patrioten.

Also mit derartigen Mätzchen wird man eine Annäherung Rußlands an Deutschland nicht verhindern. Bis in weite Kreise des Bürgertums ist man heute der Auffassung, daß eben nur eine Verbindung mit Sowjet-Rußland uns retten kann. Die Auslassungen bürgerlicher Schriftsteller und Parlamentarier, wir nennen nur Dr. Cleino, Wirth, Haas und andere z. B. über die „Landwirtschaftliche Ausstellung" in Rußland, sagen das Gegenteil von dem, was die bezahlten Tintenkulis zusammengelogen haben. Die Annäherung Deutschlands an Rußland würde aber die Landesverräter um Stinnes, der jedenfalls der intellektuelle Urheber dieses (A.B.C.) Artikels ist, in ihrem Rebbach stören, den sie am deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten vornehmen wollen, um Deutschland „wieder aufzubauen". Darum die Hetze gegen Sowjet-Rußland.

Gleichzeitig bringt die Provinzpresse einen aus den Finger gesogenen Bericht aus einer „Geheimsitzung" des Zentralausschusses der KPD. Die erlogenen und stunkenen Schwindeleien tragen ihren Stempel damit, daß man den Breslauer Bezirksleiter der KPD., den Genossen Alfred Oelßner, bezichtigt, „Richtlinien" bekanntgegeben zu haben.

In diesen „Richtlinien" soll es heißen:

Aufruf an die Bauernschaft zur freiwilligen Abgabe von Getreide und Lebensmitteln.

Versagt dieser Aufruf, so sollen bewaffnete Arbeitertruppen die Lebensmittel beschlagnahmen.

Die gesamte nichtkommunistische Presse wird verboten.

Sämtliche nichtkommunistischen Führer werden festgenommen.

Wird der neuen kommunistischen Regierung von irgendeiner Seite oder Person Widerstand entgegengesetzt, so erfolgt rücksichtslos die Todesstrafe.

Das böse Gewissen ob der eigenen Verbrechen läßt die teutschen Patrioten empfinden, was gegebenenfalls die deutschen Arbeiter tun müßten, wenn sie zur Macht gelangen. Um aber dies zu verhindern, müssen die Spießerseelen zum „Kochen" gebracht werden durch die bezahlten Gauner, die dann „geheime Zentralausschußsitzungen" fabrizieren. Alfred Oelßner befindet sich leider seit mehr als acht Tagen in Untersuchungshaft, die über ihn verhängt wurde, nicht weil er „Richtlinien" bekanntgegeben hat, sondern weil es zum militärdiktatorischen Prinzip gehört, Kommunisten unschädlich zu machen. Um einen Grund dafür zu haben, müssen die bürgerlichen Soldschreiber den gefährlichsten Blödsinn zusammenschwindeln. Die bürgerliche Preßkanaille hat die Frechheit, sich über einen angeblichen Ausspruch, der in jener „Geheimsitzung" gefallen sein soll, zu entrüsten. Es soll da gesagt worden sein:

„Es hat keinen Zweck, die Gefängnisse zu füllen. Wer auf dem Friedhof ist, rebelliert nicht mehr."

Die Leute, die seit Jahren Proletarier auf den Friedhof schicken, damit die Uebrigbleibenden der Stinnesdiktatur gefügig sind, wagen es. Stresemann zu empfehlen, in Sachsen und Thüringen diese Methoden gegen die Arbeiterschaft anzuwenden.

Der Zweck dieser offenen Hetze ist klar. Man will mit den schäbigsten Mitteln gegen die Arbeiterschaft zu Felde ziehen, um sie im Blutrausch zu ersticken. Die Arbeiterschaft wird auf diese Hetze zu antworten wissen.

Zur Revolutionsfeier am 7. November

soll ein gewaltiges Werk eines jungen proletarischen Dichters aufgeführt werden. Es ist ein Sprechchor von unerhörter Wucht und innerer Kraft. Um dieses Werk aufzuführen, müssen sich große Massen zur Verfügung stellen. Bis jetzt fehlen noch mindestens 100 Personen, besonders ältere Genossinnen und Genossen. Die Ortsleitung der KPD. wendet sich daher an die älteren Genossinnen und Genossen und fordert diese auf, sich in genügender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Meldung am Sonnabend, dem 20. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Volkspark".

Ortsleitung der KPD.
J. A.: Richter.

Produktionssabotage

Schließung von Betrieben in der Metallindustrie

Die Firma Zimmermann & Co., Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, hat am gestrigen Freitag ihren Betrieb vollständig geschlossen und damit weitere 400 Arbeiter auf die Straße geworfen. Am 5. September wurden 87 und am 7. September 52 Arbeiter entlassen.

Unter den 400 entlassenen Arbeitern befinden sich sämtliche Mitglieder des Arbeiterrates. Auch auf die alten Arbeiter, die 40 und mehr Jahre im Betriebe tätig waren, hat die Firma keine Rücksicht genommen. Wie mitgeteilt wird, hat der Demobilmachungskommissar die Genehmigung zur Stillegung dieses Betriebes am 19. Oktober gegeben. Die Firma hat dann sofort alle Arbeiter auch rücksichtslos auf die Straße gesetzt.

Die Firma war zwar mit den Entlassungen schnell bei der Hand, aber mit der Lohnzahlung läßt sie sich Zeit. So bekommen die Arbeiter noch für vier Tage Lohn. Am Donnerstag und Freitag zahlte die Firma einen Vorschuß von je 1,2 Milliarden, trotzdem der Reichsindex auf 534 Prozent steht. Die Arbeiter haben in der vorhergehenden Woche ganz gefeiert und etwa acht Wochen vorher nur zwei und drei Tage in der Woche gearbeitet. Den Rest des Lohnes will die Firma jetzt von Montag bis Mittwoch, vormittags von 11 Uhr an, auszahlen. Die Firma ist verpflichtet, da sie den Lohn bei der Entlassung nicht auszahlte, den Entwertungsfaktor bis zum Tage der Auszahlung mit in Rechnung zu stellen. Kein Arbeiter darf bei der Lohnauszahlung unterschreiben, daß er keine Forderungen mehr an die Firma hat. Er darf nur unter Vorbehalt das Geld in Empfang nehmen. In den acht Wochen Kurzarbeit ist den Arbeitern immer verspätet die Kurzarbeiterunterstützung ausgezahlt worden. Durch das energische Eingreifen des Arbeiterrates sind die letzten vier Unterstützungen am 16. und 17. Oktober ausgezahlt worden.

Die Firma glaubt, sich über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinwegsetzen zu können. Sie entläßt sämtliche Betriebsratsmitglieder, auch diejenigen, die dem Arbeiterrat angehören. Sie beschäftigt aber heute etwa 50 Lehrlinge, läßt in einzelnen Abteilungen ablösungsweise arbeiten. So lange noch eine große Zahl Lehrlinge, Vorarbeiter, Meister und Angestellte arbeitet, müssen auch die Betriebsratsmitglieder beschäftigt werden, weil die Lehrlingsfrage mit zu den Obliegenheiten des Betriebsrates gehört.

Wir sind neugierig, wie sich die Behörden zu diesen Massenentlassungen stellen.

1 Milliarde Mark beträgt die 4. Oktoberrate auf den Klassenkampf

(20. bis 27. Oktober) einschließlich Trägerlohn. Die Ereignisse auf dem Finanz- wie Wirtschaftsmarkt in den letzten Tagen, besonders aber die uns jetzt noch bevorstehenden, zwingen uns, wie jedes Zeitungsunternehmen, diesen Betrag zu fordern, wenn neben weiterer Einschränkung ihr Organ erhalten bleiben soll. Neben dieser neuen, ganz enormen Preiserhöhung, ist es aber unbedingt notwendig, daß die Zahlung umgehend erfolgt, damit der Verlag seinen Verpflichtungen den Lieferanten gegenüber, die täglich größer werden, nachzukommen imstande ist. Es geht um Sein oder Nichtsein der revolutionären Presse, das bedenke jeder, der von der Notwendigkeit der auszutragenden Kämpfe zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital überzeugt ist. Darum, Genossen, Leser:

Haltet die Treue Eurem „Klassenkampf"!

Verlag Klassenkampf, Halle.

Die neuen Löhne in der Metallindustrie

Vom Bureau des Metallarbeiter-Verbandes wird uns mitgeteilt:

Durch Schiedsspruch des hallischen Schlichtungsausschusses vom 18. Oktober wurden die Löhne in der mitteldeutschen Metallindustrie für Zeit vom 14. bis 20. Oktober gegenüber der Vorwoche um 434,2% erhöht. Die Wertigkeitszulage erfährt dieselbe Erhöhung. Der Spitzenlohn für den über 23 Jahre alten Facharbeiter beträgt (nach oben abgerundet) 543 600 000 Mark.

Eine weitere Vereinbarung wurde getroffen, daß am Freitag, dem 19. Oktober, neben der Lohnzahlung ein Vorschuß in Höhe von 12 Milliarden zu zahlen ist.

Ein Feind der Arbeiterschaft

Der Vorstand des Arbeiter-Abstinenten-Bundes bittet uns um die Veröffentlichung des folgenden Schreibens:

Die furchtbare Not der Massen hat im Verein mit der Verteuerung der geistigen Getränke zu einer Eindämmung des Alkoholgenusses beigetragen. Aber die Gefahr, die gerade der aufstreben

den Arbeiterschaft von dem hirnschwächenden Genußmittel droht, ist nicht beseitigt, sie kann in Zeiten, wo Großes auf dem Spiele steht, sich überaus verhängnisvoll auswirken. Heute wird von der gesamten Arbeiterklasse, wie von jedem einzelnen ihrer Angehörigen ein Höchstmaß von kluger Besonnenheit, zäher Ausdauer und opferwilliger Kampfbereitschaft gefordert, heute müssen jedem Genossen in jedem Augenblick alle seine geistigen und sittlichen Kräfte unvermindert zur Verfügung stehen. Darum rufen wir Arbeiter-Abstinenten, die wir ein Teil des sozialistischen Proletariats sind, unseren Klassengenossen jetzt zu: Halt alle Eure Konferenzen, Versammlungen und erst recht Eure Aktionen alkoholfrei! Sorgt dafür, daß die Alkoholindustrie die ihr von den Scharfmachern zugewiesene „politische Mission“, das Volk zu betäuben und zu verdummen, nicht erfüllen kann! Uebt strenge Selbstzucht im Interesse des großen Zieles! Und Ihr werdet die gewaltigen Aufgaben, vor die Euch die Gegenwart gestellt hat, leichter bewältigen können.

Zur Lohnregelung im Handels- und Transportgewerbe

teilt uns der Deutsche Verkehrsbund, Verwaltungsstelle Halle, mit, daß der Arbeitgeberverband nach zwei Richtungen hin **wortbrüchig** geworden ist. Er hat seine Zusage über die Aufrundung der Stundenlöhne auf volle Tausend und der Wochen- und Tagelöhne auf volle Millionen Mark nach oben, eigenmächtig geändert. In einem Rundschreiben an seine Mitglieder hat er die Parole ausgegeben, daß die betreffenden Löhne nach unten bzw. nach oben abzurunden sind. Weiter hat er die Zusage, daß auch in den Wochen vom 13. Oktober auf die bestandenen Lohnsätze das jeweilige Mehr der Reichsindexziffer der laufenden Woche als Zuschlag in Betracht zu ziehen ist, zurückgenommen.

Um diese Wortbrüchigkeit in das rechte Licht zu rücken, ist der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Außerdem ist die Forderung mit aufgestellt worden, daß zu der laufenden Reichsindexziffer noch wöchentlich ein Entwertungszuschlag in Höhe von 30 Prozent hinzuzurechnen ist. Es ist zu hoffen, daß der Schlichtungsausschuß den Forderungen der Arbeitnehmer Rechnung trägt und den Arbeitgebern plausibel macht, daß einmal gegebene Zusicherungen auch zu halten sind.

Die Herausgabe der diesmaligen Lohntabelle hat sich infolge des Verhaltens des Arbeitgeberverbandes bzw. seines Syndikusses Dr. Düring verzögert.

Die Mitglieder des Deutschen Verkehrsbundes, Gruppe Handels- und Transportgewerbe, werden hieraus erneut ersehen, daß die Arbeitgeber mit ihnen weiter Schindluder spielen wollen. Die Arbeiter müssen jetzt mehr denn je zusammenstehen und durch Heranholen der noch unorganisierten Berufsangehörigen die Organisation stärken und festigen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Halle. Das Bureau des Gewerkschaftskartells ist für den Verkehr jeden Dienstag und Freitag von 4 bis 6 Uhr geöffnet. Alle Postsachen sind nach wie vor zu senden an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Halle, Harz 42/44 I.

J. A.: O. Fiedler, Vorsitzender.

Industriegruppe Bergbau. Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, Gruppenratssitzung im „Gewerkschaftshaus“ (Harz). Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig und Pflicht.

Bergarbeiter. Montag, abends 7 Uhr, Gruppenversammlung im „Gewerkschaftshaus“.

3. Quittung

der für die Gemaßregelten des Generalstreiks gesammelten Gelder.

Abschlag der Ortsgruppe Eilenburg 70 000 000 Mk.; Liste 44, Belegschaft Zimmermann und Co., 2 037 000 Mk.; Liste 229, Ortsgruppe Löbejün, 11 074 000 Mk.; Liste 279, Ortsgruppe Nietleben, 5 981 000 Mk.; Liste 272, Ortsgruppe Nietleben, 350 000 Mk.; Liste 92, Soeffing, Neubau Uhlig, 15 300 000 Mk.; Liste 284, Belegschaft Papierfabrik Kröllwitz, 3 971 500 Mk.; Liste 288, Belegschaft Papierfabrik Kröllwitz, 3 670 000 Mk.; Vier Mann der MBZ., Neu-Halle, 5 001 000 Mk.; Liste 14, Distrikt 12, 2 770 000 Mk.; Liste 293, Ortsgruppe Passendorf, 13 961 050 Mk.; Liste 2442, Arbeiter-Turnverein Vorwärts, Alsleben, 1 850 000 Mk.; Abschlag von der Jugend 2 000 000 Mk.; Liste 78, Allgemeine Ortskrankenkasse, 1. Rate, 20 000 000 Mark; Abschlag der Jugend 1 382 000 Mk.; Liste 2340, Grube von der Heyd, Abraum, 17 600 000 Mk.; Liste 214, Ortsgruppe Lettin, 4 150 000 Mk.; Liste 215, Ortsgruppe Lettin, 1 450 000 Mk.; Liste 104, Angestellte der Hand- und Kopfarbeiter, 6 000 000 Mark; Liste 139, Heilmann u. Littmann, Landwehrstraße, 32 000 000 Mk.; Liste 144, Belegschaft Haasengier, 28 800 000 Mk.; Liste 2478, Jugend, 3 908 000 Mk.; Liste 54, Baugeschäft Heyn, Berliner Straße, 25 220 000 Mk.; Liste 174, Belegschaft Hensel u. Müller, Querfurt, 9 200 000 Mk.; Liste 173, Belegschaft Bode, Berliner Straße, 15 000 000 Mk.; Liste 403, Kalischacht Peißen, 11 350 000 Mk.; Otto Erich, Halle, 770 000 Mk.; Distrikt 2 677 600 Mk.; Liste 2350, Ortsgruppe Dieskau, 6 510 000 Mk.; Liste 398, Ziegelei Beesenlaublingen, 1 000 000 Mk.; Liste 404, Kalischacht Peißen, 19 330 000 Mk.; Elektrizitätswerk Gröbers: Liste 147 9 820 000 Mk., Liste 148 12 850 000 Mk., Liste 149 7 500 000 Mk., Liste 150 5 780 000 Mk.; Liste 194, Neubau Bode, Torstraße, 5 800 000 Mk.; Liste 2320, Arbeiter-Gesangverein Schlettau-Beuchlitz, 9 756 000 Mk.; Liste 9, Distrikt 3, 1 230 000 Mk.; Liste 102, Frank Söhne, 16 375 000 Mk.; Liste 169, Belegschaft Weise Söhne, 24 100 000 Mk.; Drei Ungenannte 7 060 000 Mk.; Liste 168, Weise Söhne, Dreherei und Werkzeug, 22 720 500 Mark; Ortsgruppe Sennewitz: Liste 316 1 150 000 Mk., Liste 315 1 030 000 Mk.; Liste 77, Neubau Pfeiffer, 2 800 000 Mk.; Frauenchor Glesien 3 000 000 Mk.; Ortsgruppe Seeben: Liste 304 14 625 000 Mk., Liste 303 31 460 000 Mk.; Rote Gewerkschaftsinternationale 9 699 000 000 Mk.; Liste 327, Ortsgruppe Zscherben, 900 000 Mark; Genosse Ronne in der Erholung 2 815 000 Mk.; Liste 151, Elektrizitätswerk Gröbers, 10 010 000 Mk.; Liste 146, Elektrizitätswerk Gröbers, 7 000 000 Mk.; Elektrizitätswerk Gröbers 80 000 000 Mk.; Oskar Gebhart, Frank Söhne, 10 000 Mk.; Liste 121, Kathe, Diemitz, 6 000 000 Mk.; Liste 123, Kathe, Diemitz, 13 850 000 Mk.; Liste 124, Ludwig Kathe u. Sohn, 26 550 000 Mk.; Liste 71, Allgemeiner Konsumverein, Zentrale, 26 470 000 Mk.; **Bockwitz**: Liste 1782 3 000 000 Mk., Liste 1785 9 050 000 Mk., Liste 1778 3 995 000 Mk., Liste 1715 20 500 000 Mk., Liste 1709 5 129 000 Mk., Liste 1716 11 900 000 Mk., Liste 1784 54 146 000 Mk., Liste 1706 6 963 000 Mk., Liste 1710 4 200 000 Mk., Liste 1707 18 010 000 Mk., Listen 1812, 1793, 1817, 1787, 1788, 1850 41 490 800 Mk., Liste 1795 11 170 000 Mk., Liste 1822 15 144 000 Mk., Liste 1794 33 316 000 Mk., Liste 1796 21 559 000 Mk., Liste 1797 11 802 000 Mk., Liste 1798 500 000 Mk., Liste 1816 22 480 000 Mk., Liste 1791 3 607 000 Mk., Liste 1743 844 000 Mk., Liste 1760 8 550 850 Mk., Liste 1776 2 083 612 Mk., Liste 1770 5 510 000 Mk., Liste 1769 3 130 000 Mk., Liste 1734 11 167 000 Mk., zusammen 10 888 246 512 Mk., bereits quittiert 1 888 031 580 Mk., insgesamt 12 776 278 092 Mk.

DAS WORT

Die aktuelle Wochenzeitung erscheint jeden Sonnabendnachmittag.

Aus dem Inhalt der Nummer 43:

Deutschland und die Weltrevolution. Von Odysseus. **Das Klassenbewußtsein.** Von Ferdinand Lassalle. **Wieviel Getreide kann Sowjet-Rußland exportieren?** Von Frida Rubiner. **Klassenkampf.** Von Morus. **Genossenschaftstag auf der russischen Landwirtschaftsausstellung.** Von Karl Bittel, z. Zt. in Rußland. **Feuilleton:** Die große Armee. Von Marcel Sauvage (Paris). **Der Wunderschwindel Roms** (Szene aus „Propheten“). **Zum letzten Krieg.** Von Ludwig Bäumer. **Die Briefe der Rosa Luxemburg.** Von Dr. Kurt Kersten. **Leipziger Theaterbrief.** Von Otto Müller. **Kritik der Bühne. Das Kuckucksei im Neste der hallischen Arbeiter.** Von Walter Troppenz. **Militarismus in der Kleinkinderschule.**

„Das Wort“ ist in Halle an allen Zeitungsverkaufsstellen während der ganzen Woche zu haben, ebenso in den auswärtigen Filialen des „Klassenkampf“.

Abonniert diese hochaktuelle Wochenzeitung, bereichert Euer Wissen!

* **Selbstmord.** Am Freitagvormittag verübte in der Schmeerstraße ein Kaufmann Selbstmord durch Erhängen. Der sofort hinzugezogene Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod feststellen. Nervenkrankheit soll der Grund zur Tat sein.

* **Einbruchsversuch in die Burg Giebichenstein.** In der Nacht zum Freitag versuchten Einbrecher in die Burg Giebichenstein einzubrechen. Durch das Abgeben von Selbstschüssen wurden die Bewohner aufmerksam und die Einbrecher durch diese verscheucht. — Am Freitagabend drangen Einbrecher in den Keller des Grundstücks Taubenstraße 9 und entwendeten Kartoffeln und Briketts. Sie wurden hierbei von Hausbewohnern überrascht und in den Keller eingeschlossen. Durch Polizeibeamte wurden die drei Täter dem Polizeigefängnis zugeführt.

* **Die Meißener Kranken- und Sterbekasse** hält ihre Zahltage jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Gewerkschaftshaus (Gastzimmer). nicht mehr Handelsbörse, ab. Aufnahme neuer Mitglieder jeden Zahltag.

Theater und Konzerte

Stadttheater Halle

Figaros Hochzeit

Die Neueinstudierung von Figaros Hochzeit war eine weitere Arbeit des Stadttheaters. Diese Mozartsche Oper trägt eine solche innige Musik in sich, daß uns der fade Inhalt des Stückes bestenfalls als eine Spielerei vorkommt. In den schönsten Lagen der Romantik spielt Mozart mit der innigsten Zartheit schöne Liebeslieder und Volkstöne. Er mußte schon notgedrungen diesen Textstoff nehmen, weil er eben damals einem Theaterdirektor verpflichtet war, und diesen kitschigen Stoff brauchte, damit die Stücke zogen. Die Liebelei eines Grafen mit einem Kammermädchen, dazu auf seine Frau eifersüchtig, ein Hin- und Herspielen vier Akte durch, wobei das Kammermädchen der Gräfin eine gute Rolle hat. Es sind Leute, die Zeit zur Liebelei haben — Grafen!

Die Aufführung war sehr fein durchgeführt Das Kammermädchen Susanne von Gertrud Michaelis ließ an Frische und Lebendigkeit nichts fehlen. Auch wußte sie ihre Stimme in all ihren scherzhaften Lagen wundervoll zu meistern. Carsten Oerner spielte den Grafen mit sehr viel Geschick in aller Eleganz dieser mitelalterlichen Geschichte. Einzigartig war die Gräfin, mit ihrer feinsten Weichheit wußte Hilde Voß ihren Schmerz und ihre Liebe zu geben.

Die Musik hatte oft ein zu scharfes Tempo, doch im ganzen hat der Dirigent Mozarts Linie gefunden. Die Inszenierung hat erfreuliche Einfachheit in den Gartenszenen und die prunkhafte Vollheit in der Zimmerausstattung, wie es die Zeit vor Ludwig XVI. erheischt. — Die Pausen muß man kürzer machen. gk.

Der Wochenspielplan des Stadttheaters vom 20. bis 28. Oktober bringt folgende Aufführungen: Heute, Sonnabend, 7½ Uhr „Zigeunerliebe“, Montag und Mittwoch „Propheten“, Donnerstag „Freischütz“, Freitag „Thoma-Abend“, Sonnabend „Fidelio“, Sonntag „Zigeunerliebe“.

Im Thalia-Theater findet morgen, Sonntag, 7½ Uhr die Erstaufführung des Lustspiels „Der Lampenschirm“ von Kurt Götz statt. Karten eine halbe Stunde vor Beginn der Aufführung an der Kasse des Thalia-Theaters.

Volkspark-Varieté. Seit Dienstag haben wir ein neues reichhaltiges Programm, das sich sehen lassen kann. Eine Gruppe Kunstradfahrer, darunter 5- und 6jährige Jungens, vollführen ihre Künste. Max Enzinger übt im Todesring, Olini auf der Todesschaukel, beide ohne Sicherung, aber mit beispielloser Sicherheit. Eine der Hauptattraktionen ist Simson, der Mann mit den eisernen Haaren; seine Leistungen sind staunenswert. Herr Kurt Schreiber mimt naturgetreu den Dichter „Schubert“. Auch der übrige Teil des Programms ist zufriedenstellend. Wer einige angenehme Stunden verleben will, komme deshalb zum Volkspark-Varieté.

Im Walhalla-Theater ist Stops, der Humorist, der das hallische Publikum in Extase bringt. Nun, in der heutigen Zeit ist ja das Publikum sehr anspruchslos geworden und jeder Witz, mag er noch so abgedroschen sein, wird herzlich belacht. Die Menschen vergessen dabei, daß das Brot 900 Millionen kostet und daß der Lohnabschlag grade für ein Brot und ein Kinobilett reicht. — Der Film: „Der Heiratsschwindler“, charakterisiert trefflich die Ehe der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Der Gedanke, der im Film wiedergegeben wird, ist leider am Schluß abgehackt. In der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist eben nur die Polizei und der Staatsanwalt das Heilmittel verwahrloster Sittenzustände. Den im Film angefangenen Gedanken zu Ende gedacht und dann auf die Leinwand gebracht, würde sich verlohnen.

Arbeiter-Sport

Sportverein Rüstig-Vorwärts, Bruckdorf. Am Sonntag, dem 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, steht die 1. Mannschaft der 1. Mannschaft von Rasensport Kayna im Pflichtgesellschaftsspiel gegenüber. Da Rasensport über eine gute und schnelle Elf verfügt und zum erstenmal auf dem Sportplatz von Rüstig-Vorwärts spielt, sollte sich niemand dieses interessante Spiel entgehen lassen. Da sich auch RVB. jetzt in guter Form befindet, ist guter Sport zu erwarten. Die Mannschaft spielt in folgender Aufstellung: Pilger, Tilschner, Zarzewsky, Egert 2, Meiser, Pretzsch, Otto 2, Merker, Dietz, Winter, Otto 1. RVB. 2. spielt um ½2 Uhr gegen Merseburg 2. in Merseburg. Die Mannschaft spielt: Bedemann, Blocksdorf, Oleszinsky, Kleinschmayer, Egert 1, Töpfer, Zieger, Strahl, Weitling, Hoffmann, Oriewohl. Abmarsch 11 Uhr von Rost. RVB. 3. gegen Teicha 3. um 12 Uhr. Aufstellung: Meiser, Ebert, Hubert, Schatz, Möbert, Polleck, Hahn, Lorenz, Teuke, Härtel, König. Abmarsch um ½10 Uhr von Rost, Abfahrt von Halle 11 Uhr. RVB. Jugend gegen Minerva Jugend auf dem Minervaplatz: Pretzsch, Weitling, Sander, Müller, Hartmann, Oriewohl, Bageritz, Gold, Otto 3, Heeger, Jung. Abmarsch um 9 Uhr von Rost.

Fichte-Halle (Fußballabteilung). Morgen spielen beide Mannschaften gegen die gleichne von Reideburg auf unserem Platze. Wir spielen in derselben Aufstellung, wie am vergangenen Sonntag. Die zweite Mannschaft spielt um ½2 Uhr, die erste um 3 Uhr. Trefpunkt eine Stunde vorher in der Baracke. Kurt Schröder spielt in der ersten Mannschaft.

Sportsfreunde

Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die Druckerei des „Klassenkampf“, Halle,

Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Vom

BÜRGERKRIEG

Eine Schriftenfolge

Jedes Heft M. 0,20

S. I. GUSSOW:

Die Lehren des Bürgerkrieges

Grundzahl broschiert M. 0,70

W. ANTONOW-OWSEJENKO:

Der Aufbau der Roten Armee in der Revolution

Grundpreis M. 0,50

KAMPFSCHRIFTEN

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von der Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstr. 14, und deren Filialen.

*289

Heutige Devisenkurse

	20. 10. (nichtamtlich) Geld	20. 10. (nichtamtlich) Brief	19. 10. (amtlich) Geld	19. 10. (amtlich) Brief
Amsterdam	7 110 000 000		4 686 300 000	4 691 700 000
Brüssel	930 000 000		614 460 000	670 540 000
Italien	820 000 000		538 650 000	541 350 000
London (f 1 Pfd. Sterling)	82 000 000 000		53 865 000 000	541 [illegible]5 000 000
Neuyork (für 1 Dollar)	18 100 000 000		11 970 000 000	12 030 000 000
Paris	1 073 000 000		712 215 000	715 [illegible]85 000
Schweiz	3 250 000 000		2 134 650 000	2 145 350 000
Wien D.-Oesterr. abgest.	—		167 580 000	168 420 000

1 Goldmark am 19. Oktober (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 2 857 142 000 **Papiermark.**

10 Uhr vorm.: Dollar 18 100 000 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Gummi-Bieder, Mäntel — Schläuche nur Gr. Steinstraße 35.

Radiostimmung

Von **John Lassen** (Colorado)

Einzig berechtigte Uebertragung von Stefan J. Klein

Ich bin bettlägerig krank. Habe Fieber. Neben meinem Bett das Radio. Und ich lausche. Drehe den viereckigen Schallapparat. Konzert in Neuyork. Ein Druck, und ich höre auch schon die Musikanten von Los Angeles. Brauche bloß den Zauberstab umzudrehen, und der Apparat fängt auch schon Chikagos Melodien auf.

Sonderbar . . . und trotzdem so einfach ist das Ganze. Ich liege im Bett und bin dennoch mit der ganzen Welt verbunden. Durch dieses viereckige Netz. Siehst Du, denke ich, dies ist die menschliche Zivilisation, von der der „Sozialist“ Steinmetz spricht (der nebenbei Ford als den geeignetsten Mann für den Posten des Präsidenten hält).

Dann nehme ich die Zeitung zur Hand. Komplikationen auf dem Balkan, andauernde Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen, ein Dollar ist 200 Millionen Mark, in Spanien gelangen die Faszisten an die Macht und werden gegen die Eingeborenen der Kolonien „energisch“ Krieg führen, in New Jersey blutige Zusammenstöße zwischen dem Ku-Klux-Klan und dem Volk, in Carolina sind Auspeitschungen an der Tagesordnung, in den Südstaaten haben an Stelle der Prügelstrafe die „Peitschenaufseher“ der Holzfällerlager neue Methoden ausgeheckt: das Opfer wird mit nacktem Rücken an einen Baum gebunden, mit Honig beschmiert und den Bienen preisgegeben, oder in einen kleinen Käfig gesperrt, der so eng ist, daß man sich nicht setzen kann . . .

Ich lege die Zeitung nieder. Stelle das Viereck auf Neuyork ein. „Yes we have no bananas“. Populäres Couplet: „Wir haben keine Bananen.“ Tatsächlich, wir haben keinen Bananen, und dies ist das wichtigste Problem der Welt. Ich denke an den Zauberer, der so stolz ist auf unsere Zeit, die Zeit der Elektrizität, diesen Grundstein der Zivilisation.

Ist dies aber tatsächlich Zivilisation? Weltkrieg, größtes Militärflugzeug der Welt, je weiter tragende Geschütze, vollkommenste Bomben, am sichersten tötende Giftgase, Hakenkreuzler, grausame Folterwerkzeuge. Dies? . . . Dies? . . . Dies? . . .

Ich schließe die Augen. „Yes, we have no bananas . . .“

Dies ist das Betäubungsmittel, das Linderungsmittel, das Heilmittel für alle Qualen der Welt. Die Welt zittert vor sinnberauschendem Schmerz, und so möge denn das Lied ertönen, daß inmitten des gewaltigen Weltenbrandes darüber klagt — daß wir keine Bananen haben!

Ich muß schon sagen: dies ist tatsächlich Zivilisation: ihre Zivilisation. Die Zivilisation der Bourgeoisie: das Radio, die Peitsche, das Blutbad des Krieges und das Problem der Bananenlosigkeit.

*

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Das Radio erschüttert mich zutiefst. Erfüllt mich mit Staunen und Bewunderung. Ich liebe es, bin stolz darauf, mich seiner bedienen zu dürfen.

Aber was taugt das Radio, wenn es mir das Couplet von den Bananen ins Ohr summt und wenn ich nur Kriegsnachrichten vernehme, was taugt eine Technik, die nur deshalb baut, um je gründlicher zerstören zu können? Die Elektrizität des Zauberers Steinmetz zusammen mit der Präsidentschaft Fords und dem Kapitalismus dient nur dazu, damit einige tausend Menschen in noch blendenderem Prunk leben können.

Wir bedürfen wohl des Radios und der Elektrizität, wollen wir jedoch, daß sie den Zwecken der ganzen Menschheit dienen, so müssen wir sie denen geben, denen sie gehören — der ganzen Menschheit. Die Menschen haben so viel gelitten, haben sich so viel abgemüht, daß sie einander endlich wirklich finden könnten.

*

Die Krankheit fesselt mich ans Bett. Ich denke nach. Leben oder Tod!

Es geht um Leben und Tod der Menschheit. Europas Proletariat wird nicht für sich selbst den Kampf aufnehmen, sondern für die ganze Menschheit. Der Sieg des Proletariats wird den Sieg der Menschheit bedeuten, — als Folge seiner Niederlage aber würde die Welt im eigenen furchtbaren Chaos untergehen.

*

Radio . . . Hier in Amerika herrscht **heute** noch das Couplet: „Yes, wo have no bananas“ — aber gibt es auch nur einen Blinden, der unter der scheinbar festen Rinde nicht den grausamen, unerbittlichen Kampf sähe?

Die Krähen

20] Roman von **Janos Gyetvai**

(Schluß)

So war's . . .

„So war's, liebe Leute“ — sprach Eszter leise und staunte in die verglimmende Glut.

Die Leute schwiegen und starrten ebenfalls ins Feuer.

Von den Bäumen schauten die kauernden Krähen auf die Leute nieder.

„Schon schwindet die Nacht“ — sprach einer.

Er stand auf und zog seinen Rock enger zusammen.

Kalt, leise pfiff der Wind durch den Wald.

„Die Gerippe warf das zweite Jahr bereits aus der Erde“ — sprach Eszter leise. — „Die drei aber wurden nicht einmal begraben, fielen eines Tages selbst vom Baum. Ihr wißt es ja.“

„Bald werden wir auch sie begraben“ — sagte Gizel, der alte Totengräber.

Einige Krähen schwirrten von einem der Bäume auf und kreisten krächzend über dem Walde.

„Gute Nacht“ sprach einer und ging.

Allmählich erhoben sich auch die anderen, blickten sich verstohlen um und strebten dann in die Richtung des Dorfes.

Irgendwo brach schon die Dämmerung an.

Max Beer Kommunist. Das wissenschaftliche Organ der englischen Labour Party (Arbeiterpartei) „The Labour Monthly“ (Monatsschrift „Die Arbeit“) bringt unter ihren „Notizen des Monats“ die Nachricht aus Deutschland, daß ihr Freund und Mitarbeiter Max Beer, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei beigetreten sei. Das Blatt fügt hinzu, daß dieser Schritt Max Beers, dessen letzte Serie der unveröffentlichten Schriften von Karl Marx in diesem Monat in „The Labour Monthly“ abgedruckt wurde, den Lauf der Ereignisse illustriere: „Dieser Schritt zeugt von der unaufhaltsamen Auflösung, die die Partei ergriffen hat und gibt einen Begriff davon, wieweit die Krisis schon fortgeschritten ist, wenn der zurückhaltende und gemäßigte Gelehrte und Historikerdie Zeit für gekommen hält, seinen Büchern den Rücken zu kehren und sich in die Reihen der Handelnden zu stellen, und daß es nur ein Feld für jeden ehrlichen Mann und Sozialisten gibt, um der faszistischen Gefahr entgegentreten zu können — die Kommunistische Partei.

Solidarität der russischen Gelehrten. Aus Moskau wird berichtet: Auf der letzten Tagung des Vorstands des Klubs der Gelehrten-Häuser gelangte die Notlage deutscher Gelehrter zur Sprache. Der Klubvorsitzende, Volkskommissar Semaschko, wies auf die Notlage der Bevölkerung Deutschlands und die opferfreudige Hilfeleistung des deutschen Volkes, insbesondere der Gelehrten, anläßlich der russischen Hungersnot hin. Das deutsche Rote Kreuz habe die Hungerhilfe vorbehaltlos begonnen. Deutsche Gelehrte hätten nach den Kräften ihrer Institute geholfen und in Deutschland notleidenden russischen Gelehrten Gastfreundschaft gewährt. Der Klub beschloß einstimmig, die Bildung einer Kommission zur Schaffung einer Hilfsorganisation durch Bereitstellung von Räumen in Gelehrten-Häusern für kranke und ermüdete deutsche Gelehrte, ferner eine Selbstbesteuerung zur Schaffung eines Hilfsfonds zur Unterstützung deutscher wissenschaftlicher Institute und die Heranziehung deutscher Spezialisten zur Arbeit in Rußland.

Steigerung des russischen Exports. In den letzten drei Monaten hat das Naphthasyndikat 90½ tausend Tonnen Naphthaprodukte in das Ausland ausgeführt, und zwar nach England Petroleum, nach Deutschland Benzin und Oele, nach Oesterreich und Ungarn Naphtha. — In den letzten Monaten steht England an der Spitze der Käufer von russischem Getreide.

Zunahme der Saatfläche in Rußland. Die von der Internationalen Arbeiterhilfe übernommenen Güter bei Kasan weisen dieses Jahr durchweg eine erhebliche Vermehrung der Saatfläche auf. Gegen knapp 450 Deßjatinen Land im letzten Jahre konnten dieses Jahr 578 Deßjatinen bebaut und ausgesät werden. Die zu erwartende Ernte dürfte die vorjährige um 30 bis 50 Prozent übertreffen.

Die Ruhrarbeiter ohne Lohn und Brot!

Die maßlose Pogromhetze gegen Sachsen soll nicht zuletzt dazu dienen, die Aufmerksamkeit von der Ruhr abzulenken. Dafür haben die Regierungslakaien der kapitalistischen Aasgeier gute Gründe. Würde jeder Arbeiter, Angestellte, würden die im tiefsten Elend untergehenden Mittelschichten klar erfassen, was an der Ruhr gespielt wird, dann müßte diese Bande von Verbrechern, Bankrotteuren, Landesverrätern und Volksverderbern im Nu verschwinden. Ein elementarer Sturm der Entrüstung würde sie hinwegfegen.

Poincaré schließt mit Stinnes und Wolff Lieferungsverträge ab. Die Verträge sind perfekt, worauf die Ruhrindustriellen der Reichsregierung den Revolver an die Brust drücken und die Bezahlung dieser Lieferungen fordern. Die Regierung erklärt dazu (Zeit, das Organ Stresemanns): „Wir möchten mit aller Entschiedenheit betonen, daß von der Industrie des Ruhrgebiets nichts zu erwarten ist. Von einer derartig geschwächten (!) Industrie nun auch noch eine Unterstützung der Regierung für Reparationszwecke zu verlangen, ist der reinste Hohn."

Um die Ruhrarbeiterschaft mürbe zu machen, erklären die Industriellen kaltblütig: da die Regierung unsere Lieferungen jetzt nicht bezahlen kann, werden wir unsere Betriebe schließen. Am 21. Oktober wird die Kredithilfe des Reiches an die Ruhrindustrie die Lohnsicherung eingestellt. Die Ruhrindustrie will aber keine Löhne zahlen. Von diesem Tage an will die Ruhrindustrie lieber die Produktion einstellen. Und kaltblütig stellt dazu die Reichsregierung fest: „Dann werden die Volksmassen dort ohne Lohn und Brot bleiben. 550 000 Bergarbeiter samt ihren Familien werden verhungern. Die Verantwortung dafür trägt aber — Poincaré."

Der Kriegsplan der Industrie gegen die Ruhrarbeiterschaft ist teuflisch, übersteigt an Ungeheuerlichkeit alles bisherige. Der „Dank des Vaterlandes" an die Ruhrhelden ist, daß sie zynisch kaltblütig ohne Lohn und Brot gelassen werden. Das Ergebnis der Kapitulation vor Poincaré ist die Abtrennung des Ruhrgebiets. So fordert es das Profitinteresse der Stinnesse. Und so beschließt es die Koalitionsregierung.

Im Ruhrgebiet bereitet sich ein furchtbarer Feldzug gegen die Arbeiterschaft vor! Arbeitslosigkeit und Hunger sollen sie zermürben. Der Schlag gilt der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands. Die Hungerblockade gegen die Ruhrarbeiterschaft gehört in den Gesamtkriegsplan.

Auf diesen Schlag muß die Arbeiterschaft antworten: Weg mit den Bankrotteuren, weg mit den Poincaré-Knechten, weg mit den Saboteuren der Produktion!

Her mit der Arbeiter-Regierung, die der Gesamtbevölkerung Lohn und Brot sichern kann und die Fortführung der Produktion sichert.

Arbeiter! Blickt nach der Ruhr, denn auch dort holt die Räuberbande mit französischer Rückendeckung zum blutigen Schlage aus!

10-Stunden-Tag für die Arbeiter
56-Stunden-Woche für die Beamten

Rechte Sozialdemokraten stimmen zu

Einen abgefeimt schurkischen Plan haben die Koalitionsbrüder, einschließlich der Sozialdemokraten, im Reichstag ausgeheckt, um den Arbeitern, Angestellten und Beamten den Achtstundentag zu rauben. Sie haben nämlich den famosen Arbeitszeitgesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums nicht einer ordentlichen Kommission zur Beratung überwiesen, sondern haben unter Ausschaltung der Opposition — auch der linken Sozialdemokraten — eine interfraktionelle „Sachverständigen"-Kommission eingesetzt. Diese Kommission hatte den Zweck, Schwierigkeiten im Plenum zu verhindern. Sie verhandelte drei Tage hinter verschlossenen Türen und gelangte, wie der „Vorwärts" und alle bürgerlichen Zeitungen melden, am Donnerstag zu einer „vollständigen Verständigung". Der Kern dieser „Verständigung", der auch die Sozialdemokraten zustimmten, ist die restlose Annahme des niederträchtigen Entwurfs in allen entscheidenden Stellen. Unter der hinterhältigen Phrase „Grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentags" soll:

„im Bergbau eine Arbeitszeit von 8 Stunden (bisher 7), in sonstigen gesundheitsschädlichen Betrieben die ständige und allen übrigen Betrieben die 10ständige Arbeitszeit"

eingeführt werden. Die Verlängerung der Arbeitszeit soll auf tariflichem Wege oder durch Schlichtungsverfahren und letztinstanzlich durch Verordnung des Arbeitsministers direkt durchgeführt werden. Der „Vorwärts" schreibt in seinem Bericht von „Ueberstunden". Doch das ist eine glatte Lüge. In dem Wortlaut der Vereinbarungen kommt das Wort „Ueberstunden" gar nicht vor, überall heißt es Arbeitszeit.

Außerdem haben am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium des Innern Verhandlungen mit den Vertretern sämtlicher Beamtenorganisationen stattgefunden, bei denen die Regierung — wohl Herr Sollmann selbst — die schnellste Einführung der 10ständigen Arbeitszeit für sämtliche unteren Angestellten und Beamten der Staats- und Kommunalbehörden verlangte. Die Beamtenvertreter hätten erklärt, darüber erst verhandeln zu können, wenn ihnen das geplante Beamtenabbaugesetz vorläge.

Arbeiter und Beamten! Nun seht Ihr klar. Zwar waren die Pläne längst bekannt, aber jetzt liegen die bestimmten Beschlüsse der Reichsregierung und Koalitionsparteien vor.

In einer Zeit, wo schon über zwei Millionen Arbeitslose auf der Straße liegen und buchstäblich Hungers sterben, wo weitere sechs Millionen kurzarbeiten müssen, wo in ganz Rheinland nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird, beisten diese brutale Kalunken die bodenlose Gemeinheit, die Arbeitszeit zu verlängern auf zehn und noch mehr Stunden, um noch weitere Millionen zu entlassen und Hungers verrecken zu lassen. Und die rechten Führer der

Sozialdemokratie machen diesen beispiellosen Verrat mit.

Wir wissen, daß es keinen einzigen sozialdemokratischen Arbeiter gibt, der diese Schurkerei seiner Führer nicht aufs schärfste verurteilt. Aber das allein genügt nicht. Nur die eiserne Kampfgemeinschaft aller Arbeitenden unter sofortiger Beseitigung der verräterischen Führer kann in letzter Stunde den hinterhältigen Anschlag abwehren.

Beamte, Ihr seht, was Euch droht. Ihr stellt eine gewaltige Macht dar. Nützt sie aus. Wenn Ihr geschlossen mit Mann und Maus mit der kämpfenden Arbeiterschaft zusammensteht, dann sind die schuftigen Gesetzesschmiede ohnmächtig. Sorge darum sehet dafür, daß, wenn der Ruf zum Generalstreik ergeht, alle bereit sind.

Millionen verhungern arbeitslos — keine Stunde Längerarbeit!

Das Lyoner Proletariat bereit zur Unterstützung der deutschen Revolution

(Eig. Drahtm.) Lyon, 18. Oktober.

In überfülltem Saale — 2000 bis 3000 Arbeiter waren anwesend — sprach das Aktionskomitee über die nahende deutsche Revolution. Begeistert stimmte die Menge den Reden Cachins und der Vertreter der CGTU. wie der Arac zu, die die Notwendigkeit für das französische Proletariat betonten, die deutsche Revolution zu verteidigen.

Aus der Provinz

Sozialdemokraten verbieten Versammlungen

Die Abhaltung von Versammlungen ist in den Städten von der Genehmigung der Polizei, in den Kreisen von der des Landrats abhängig. Da ist es nun recht interessant, zu sehen, wie sich unsere sozialdemokratischen Landräte dazu verhalten. Ihrer Herkunft nach müßte man annehmen, daß sie zum Proletariat halten, und insbesondere in den Zeiten des Belagerungszustandes. Man sollte meinen, sie würden alles tun, um der Arbeiterklasse, die von dem Militärstiefel getreten wird, ihr Los zu erleichtern. Aber weit gefehlt; diese Herren fühlen sich nur als Handlanger der militaristischen Gewalthaber, vor denen sie jeden Kotau machen. So hat jetzt der sozialdemokratische Landrat in Delitzsch, der „olle ehrliche" Justav Raute, eine auf den 19. Oktober anberaumte, von unserer Partei einberufene öffentliche Versammlung kurzerhand verboten, und zwar „mit Rücksicht auf die gegenwärtige hochgradige politische und wirtschaftliche Erregung unter Bevölkerung. Er stellt anheim, die Versammlung auf eine gelegenere Zeit zu verschieben. Wir danken für solchen „wohlgemeinten" Rat! Herr Raute wird für dieses Verhalten aber noch Rede und Antwort stehen müssen.

In gleicher Weise hat auch der sozialdemokratische Landrat Stammer (Herr Nachbar, bitte Ihr Flöschchen!) eine öffentliche Versammlung der KPD. in Wolfen verboten. Diese Leute werden erst von der Arbeiterschaft auf die Posten gestellt, und dann wollen sie gegen die Arbeiter „regieren"! Vielleicht hat auch Herr Stammer am längsten „regiert", denn solche Sprüche läßt sich die Arbeiterschaft nicht gefallen. Sozialdemokratische Büttel der Konterevolution können wir uns auf keinen Fall leisten.

VSPD.-Sabotage der Einheitsfront in Anhalt

Unsere Parteigenossen in Anhalt hatten der dortigen VSPD. ein Schreiben überreicht, worin vorgeschlagen wird, nach dem sächsischen und thüringischen Beispiel auch in Anhalt die Einheitsfront gegenüber der faszistischen Gefahr herzustellen. Die VSPD. antwortet darauf nun wie folgt:

Dessau, 17. Oktober.

An den
Landesvorstand der KPD. Anhalts
z. H. Herrn Erich Besser
Bernburg.

W. G.! Zu Ihrem Antrage in dem Schreiben vom 6. und 12. Oktober hat der Landesausschuß der VSPD. Anhalts in gemeinsamer Sitzung mit der Landesfraktion am 16. d. M. Stellung genommen. Es bestand Uebereinstimmung in bezug auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der politischen Arbeiterparteien. Voraussetzungen für diese gemeinsame praktische Arbeit ist die Einstellung des gegenseitigen Kampfes, der nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft führt. Hierzu sind Vorschläge seitens der KPD. nicht gemacht worden, ebensowenig nicht über die Grundlagen, auf denen eine Regierungskoalition der VSPD. und der KPD. gebildet werden kann. Um die noch notwendige Klärung zu schaffen, legen wir Ihnen auf Grund einstimmig gefaßten Beschlusses folgende Fragen vor:

1. Wie stellt sich der Landesvorstand der KPD. Anhalts zu der Forderung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung? Ist er bereit, diese faktisch und politisch von der VSPD. als unmöglich bezeichnete Forderung preiszugeben?
2. Wie stellt sich der Landesvorstand der KPD. Anhalts zu den offenkundigen Bestrebungen von Mitgliedern und Führern der KPD., ungeniert eine Verbrüderung mit den Faszisten und Deutsch-Völkischen herbeizuführen?
3. Ist die KPD., insonderheit ihre in Anhalt verbreitete Presse bereit, den persönlichen, gehässigen Kampf gegen die VSPD., ihre Führer, sowie Gewerkschaften einzustellen?
4. Wie stellt sich der Landesvorstand Anhalts zu der Reichs- und Landesverfassung?
5. Ist der Landesvorstand der KPD. bereit, in Ablehnung aller Gewalt als Mittel des politischen Kampfes auf den Boden der Demokratie zu treten?

Einer gefälligen Antwort sehen wir baldigst entgegen.

Mit proletarischem Gruß
Der Landesausschuß der VSPD. Anhalt.
J. A.: A. Linke, Dessau, Askanischstr. 107.

Das Schreiben kann nicht anders gedeutet werden, daß der VSPD. an einer gemeinsamen Regierung gar nichts gelegen ist; sonst könnte sie so dumme Fragen nicht stellen. Man könnte fast annehmen, daß die Kruücken eines beschränkt sind, denn wie kommen sie zu der Frage Nr. 1, wo unsere Genossen sich doch bereit erklärten, mit der VSPD. die Regierung zu übernehmen. Wer hat denn von einer Arbeiter- und Bauern-Regierung dabei gesprochen? Diese bleibt allerdings unser Ziel, denn wir sind uns klar, daß ohne und gegen die Bauern nicht regiert werden kann. Die 2. Frage ist — unbegreiflich. Wir wollen die gemeinsame Regierung gegen die Gefahr des Faszismus, und dann sagt man, wir wollten uns mit den Faszisten verbrüdern! Wie kann man sich denn nur so blamieren? Zur Frage 3 muß bemerkt werden, daß wir einen Kampf gegen die Gewerkschaften an sich nicht führen, sondern nur gegen verräterische Führer. Wenn die KPD. und die VSPD. sich einigt, eine bestimmte politische Linie zu verfolgen, so wird das natürlich auch von uns beachtet werden. Die Frage 4 muß dahin beantwortet werden, daß unsere Genossen, die in die Regierung eintreten, den Eid auf die Verfassung leisten werden. (Siehe auch in Sachsen und Thüringen.) Die 5. Frage ist unseres Erachtens recht naiv. Auf Gewalt verzichten im Moment, wo der faszistische Gegner bis an die Zähne bewaffnet der Arbeiterschaft gegenübersteht, wäre Selbstmord. In der jetzigen Zeit und unter solchen Umständen kann nicht mit dem Staubwedel gekämpft werden. Der Landesvorstand der KPD. Anhalt wird sich durch die demagogische Fragestellung der VSPD. nicht beirren lassen und konsequent seinen Weg fortsetzen zur Schaffung der Einheitsfront auch in Anhalt. Stemmt sich die VSPD. weiter dagegen, dann wird die Arbeiterschaft ein Wörtchen mitzureden haben.

Starke Erregung unter den mitteldeutschen Bergarbeitern

Die Kumpels sind empört über das letzte Verhandlungsergebnis

Als wir dieser Tage das Ergebnis der Verhandlungen im mitteldeutschen Bergbau mitteilten, waren wir uns sofort klar darüber, daß damit die Bergarbeiter wohl kaum zufrieden sein konnten. Nach all dem vorausgegangenen Tamtam hatten wir als Ergebnis etwas anderes erwartet. „Vor schweren Kämpfen im mitteldeutschen Bergbau!" — „Ultimative Forderungen!" — „Die Geduld der Bergarbeiter ist zu Ende!" — „Es ist eine Minute vor Zwölf!" So und ähnlich schrieb das hallische „Volksblatt" im Auftrage der „Hessen". Man glaubte annehmen zu können, daß es diesmal verfluchter Ernst ist, daß, wenn die Kohlenbarone nicht genügend Buter bewilligen, eine menschenmögliche Existenz unbedingt erkämpft werden wird. Der im Zeitz-Weißenfelser Kohlenrevier erscheinende Zeitzer „Volksbote", ebenfalls VSPD.-Organ, schlug noch mehr in die Kerbe. Mit Recht verwies er darauf, daß die im dortigen Revier beschäftigten Bergarbeiter am 13. Oktober durchschnittlich 400 Millionen Mark Lohn erhalten haben; dazu sind ihnen für jede in der vorausgegangenen Woche verfahrene Schicht 100 Millionen Mark Vorschuß gezahlt worden, das sind für 5 Schichten 500 Millionen Mark. Ein großer Teil der Belegschaft hatte aber nur 4 Schichten arbeiten können, da zwei Feierschichten eingelegt waren. Durchschnittlich hatte also ein Bergarbeiter 900 Millionen Mark erhalten. Mit Recht wurde auch darauf verwiesen, daß der Bergarbeiter sich für diesen Lohn nicht einmal ein Brot und ein Pfund Margarine kaufen konnte. Ersteres kostete zu dieser Zeit 550 Millionen, letztere 800 Millionen. Für Mittagessen, Kaffee, Licht usw. war kein Pfennig übrig, auch nicht für Anschaffung des so notwendigen Schuhwerks und der Winterkartoffeln.

So stand die Angelegenheit, als die

Verhandlungen mit den Kohlenbaronen

vor der Türe stand, von der die schwerbedrängten Kumpels eine Besserung ihrer Lage erwarteten. Alles war gespannt auf das Ergebnis. Die Bergarbeiter vertrauten noch einmal ihren Führern, waren aber auch zum Kampf bereit, wenn die Unternehmer nicht gewillt waren, dem Elend ein Ende zu machen.

Was kam aber?

Triumphierend berichtete der Bergarbeiterverband über das Verhandlungsergebnis, daß die Unternehmer nachgegeben haben, daß die Schiedssprüche vom sonndsovielten anerkannt sind und daß die Arbeiter Nachzahlungen und Abschlagszahlungen erhalten. Bei näherem Zusehen konnte man feststellen, daß die Kumpels für den von den Unternehmern verübten Lohnbetrug der letzten Wochen eine Entschädigung in Höhe von einer ganzen Milliarde bekamen. Die Arbeiterinnen erhielten nur 600 Millionen und die Jugendlichen gar nur 400 Millionen. Dabei wurde noch bemerkt, daß diese Zahlungen nur erfolgen sollen, soweit es die Geldverhältnisse der Werke gestatten. An Abschlagszahlungen für am 15., 16. und 17. Oktober bereits verfahrene Schichten sollte es noch 500 resp. 300 und 200 Millionen geben. Und angesichts eines schändlichen Verhandlungsergebnisses wagte die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes noch zu schreiben, daß „in letzter Stunde noch einmal durch die bessere Einsicht der Arbeiter ein Kampf verhütet worden ist, der für das gesamte Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen gezeitigt hätte". Kann es noch etwas Schamloseres geben?

Die Antwort der Bergarbeiter

ist nicht ausgeblieben. Wir berichteten in unserer gestrigen Nummer bereits, daß eine stark besuchte Vollkonferenz der Betriebsräte des Meuselwitz-Rositzer Braunkohlenreviers das Verhandlungsergebnis als einen Faustschlag ins Gesicht der Bergarbeiter betrachtet. Sie verlangen die sofortige Einberufung einer Betriebsrätekonferenz für ganz Mitteldeutschland.

Und der Zeitzer „Volksbote", der erst so voll aus den Backen blies, dann das Verhandlungsergebnis ohne Kommentar brachte, und zwar als Erfolg der Bergarbeiter, sah sich in seiner nächsten Nummer genötigt, folgende Notiz zu bringen:

Es gärt!

Das von uns bereits gestern veröffentlichte Verhandlungsergebnis hat, wie uns aus dem Revier (es handelt sich hier um das Zeitz-Weißenfelser Revier. Red. d. „Kl.") gemeldet wird, in den weitesten Kreisen der Bergarbeiter Empörung ausgelöst. Angesichts der Geldentwertung ist die eine Milliarde Mark für die zurückbehaltenen Löhne als ungenügend bezeichnet worden.

Ist es ein Wunder, wenn angesichts der herrschenden Wucherpreise und der Hungerlöhne die Rebellion einsetzt? Vor dem Kriege bekam der Bergarbeiter pro Schicht 4 Mark und konnte sich dafür 8 Zentner Briketts kaufen. Am 13. Oktober betrug der Schichtlohn 240 Millionen Mark bei einem Kohlenpreis von 1 234 900 000 Mark. Der Bergarbeiter konnte sich also für seinen Schichtlohn nur noch ein Fünftel Zentner Briketts kaufen. Das ist, am Kohlenpreis gemessen,

ein Vierzigstel des Friedenslohnes.

Und angesichts dessen ein solches Verhandlungsergebnis! Das mußte wie eine Bombe wirken. Die Bergarbeiter kämpfen gleich ihren übrigen Arbeitsgenossen um die nackte Existenz. Sie finden es unerhört, daß die Unternehmer von seiten ihrer Führer so zart behandelt werden, die so rücksichtsvoll waren, den Unternehmern die Bedingungen zuzugestehen, daß die Zahlung der lumpigen Milliarde nur erfolgen soll, soweit es die Geldverhältnisse der Werke gestatten! Dabei ist den Bergarbeiterführern bekannt, daß die Grubenbarone nur so im Gelde schwimmen. Zum Devisenschieben ist genug Geld da, als muß es erst recht zu Lohnzwecken vorhanden sein. Man sehe sich doch auch nur den riesigen Kohlenpreis an mit weit über einer Milliarde, um sofort ermessen zu können, was die Grubenbarone für Profite einheimsen.

Auf dem geforderten Betriebsrätekongreß werden die Bergarbeiter Faktur reden und handeln müssen. Es ist allerdings mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Kongreß von dem Kommandierenden General verboten wird, denn der Belagerungszustand, den die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung mit beschlossen haben, gibt ihm die Handhabe dazu. Mit diesem Belagerungszustand sollte ja die Arbeiterschaft an Händen und Füßen geknebelt werden, damit sie völlig ihren Ausbeutern überlassen sind. Das glaubt man nun erreicht zu haben. Jedweder Streik im Bergbau soll verboten sein. Deshalb auch die ungeheure Freicheit der Grubenprozen, zu der ihnen die SPD.-Leute erst verholfen haben. Wir sind aber sicher, daß die Bergarbeiter die Ketten sprengen werden, denn es geht um Sein oder Nichtsein, es geht um die nackteste Existenz. Bei den jetzigen Verhältnissen gehen die Bergarbeiter und ihre Angehörigen dem Hungertode sicher entgegen. Dazu verspüren die Kumpels aber durchaus keine Lust, sie werden sich erkämpfen, was sie zum Leben brauchen.

Bitterfeld. Starke Erregung herrschte am Donnerstag unter den Arbeitslosen, die von frühmorgens an bis Mittag im Arbeitsnachweis auf die Auszahlung der Unterstützung warten mußten. Aber nicht nur, daß sie so lange warten mußten, bis sie im Besitz ihrer lumpigen paar Mark kamen, sie wurden obendrein noch recht schnippisch abgefertigt. Zu allem Ueberfluß wurde auch noch Schutzpolizei herangeholt, die die Arbeitslosen „in Schach" halten sollten. Wir fragen, wer hat diese herangeholt? Wer ist für diese Provokation verantwortlich? Herr Landrat Stammer, wir fragen Sie! Ein unhaltbarer Zustand ist es auch, daß die auswärtigen Arbeitslosen des Kreises Bitterfeld ihre Unterstützung in Bitterfeld holen müssen. Was dabei den Erwerbslosen für Unkosten entstehen, liegt auf der Hand, das teure Fahrgeld und sonstige Spesen müssen berücksichtigt werden, die bei der geringen Unterstützung in Abzug kommen. Der Landrat Stammer sollte sich einmal ernstlich mit diesem Mißstand befassen. Aber freilich: es ist viel bequemer, eine Versammlung zu verbieten. Nicht wahr?

Zörbig. Technische Nothilfe als Streikbrecher. Wie wir in der Montagnummer unseres Blattes berichteten, traten hier die Landarbeiterfrauen in Streik, um sich eine bessere Entlohnung für das Herausholen der Rüben zu erkämpfen. Während fast alle landwirtschaftlichen Unternehmer eine bessere Entlohnung bewilligten, blieb der Gutsbesitzer Ohme auf seinem Ausbeuterstandpunkt bestehen. Er hatte sich geäußert, daß er die Rüben auch ohnedem herausbekomme, was nun anscheinend auch der Fall sein wird, wenn es die gesamte Arbeiterschaft Zörbigs über sich ergehen läßt. Im Laufe des gestrigen Nachmittags trafen unter dem Schutze von sechs Schupoleuten ungefähr dreißig junge Bengels der Technischen Nothilfe aus Fulda kommend, hier ein, um für einen Hungerlohn dem sauberen Ausbeuter die Rüben herauszuholen. Hoffentlich weiß die hiesige Arbeiterschaft, vor allem die Landarbeiterschaft, was sie zu tun und zu lassen hat, um die Technische Nothilfe aus Zörbig verschwinden zu lassen. Arbeiter, zeig auf der Hut, die Ausbeutung Eurer Kräfte soll weiter um sich greifen, wenn Ihr nicht durch geschlossenes Handeln bereit seid, diesem Elend ein Ende zu machen.

Delitzsch. Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung. Die für Freitagabend einberufene Gewerkschaftsversammlung wurde durch den Stinnesbüttel, den sozialdemokratischen Landrat Raute, verhindert und kann erst am Dienstag, dem 23. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" stattfinden. Genosse Landtagsabgeordneter Schnetter (Halle) wird über das Thema: „Der Achtstundentag, Stinnes und das Proletariat" sprechen. Die gesamte Arbeiterschaft Delitzschs wird aufgefordert, sich geschlossen einzufinden und ihre Stimme zu erheben gegen die Versklavung des schaffenden Volkes.

Magdeburg. Sturm auf dem Wochenmarkt. Heute morgen gab es auf dem Wochenmarkt heftige Auftritte infolge der ungeheuren Preise, die für Lebensmittel gefordert wurden. Das kaufende Publikum stürmte die Waren. Die Schupo griff ein, so daß weitere Zusammenstöße unterbunden wurden. Die Situation ist äußerst ernst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231020-14/fragment/page=0007

A. Führer durch die hallische Geschäftswelt

Damen- Herren- Hüte
in größter Auswahl
Herold & Schröder
Gr. Steinstr. 33 Gr. Ulrichstr. 10.

Man kauft gut und billig
Wäsche, Strümpfe, Hüte und Mützen
bei
Moritz Rosewitz,
Steinweg 7.

S. Weiss
Halle, am Markt
Herren- u. Knaben-Kleidung

Schuhhaus Wiebach
Kl. Ulrichstr. 11/12
Die gegebene Einkaufsstätte des
Kleinverbrauchers

Pelzwaren
stets sehr vorteilhaft.
Beachten Sie die Preisauszeichnungen in unserem Schaufenster!
Herrenhüte, Sport- u. Arbeitsmützen.
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden 6, Ecke Gr. Steinstr., am Markt.

Herren-Bekleidung. Zünftige Schneiderei.

F. A. Dietze
Preiswerte
Qualitäts-Schuhwaren.
Untere große Steinstraße.

Herren-Hüte
in allen Formen und Qualitäten, empfiehlt in großer Auswahl, zu billigsten Preisen
J. Kaliga, Gr. Klausstr. 35.
Schüler-, Regatta-, Sport- und Yachtklub-Mützen
in größter Auswahl. Eigene Fabrikation.

C. Stolberg, Halle S.
Magdeburger Straße 26
Kurz-, Galanterie- u. Spielwaren engros
Kern- u. Toilettesseifen
billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

P. Wolff
Steinweg 20a.
Kleiderstoffe Weiß- u. Wollwaren

Spielwarenhaus
Weibezahl
Obere Leipziger Str. 66

Koch's „Kunstterpiete" **„Bunte Bühne"** Jeden Abend Auftreten erster Künstler.

C. Grötzner
Inhaber: Ernst August Schmidt
Große Steinstraße 1, Ecke Ulrichstraße
Herrenwäsche, Krawatten, Handschuhe, Unterzeuge.

Schuhhof Neumarktstraße 3-4. Fernruf 1188. Eigene Strumpfwirkerei. Fabrikniederlage.

Weiss- und Wollwarenhaus
Markt 6 Joseph Glücksmann. Markt 6

H. Flatto
Herren-Artikel
Geiststraße 53

Eugen Freund & Co.
Leipziger Straße 5
Damen-Konfektion

Große Ulrichstraße 22/24

Leinen- und Baumwollwaren, Wäsche
Kleider- und Seidenstoffe, Wollwaren
Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe, Kurzwaren
nur gute Qualität, stets preiswert

Filiale: Hannischer Platz

BRUMMER & BENJAMIN

Herren- und Knabenkleidung.
System Konkurrenzlos,
Inh.: Jacob Kiwit,
Leipziger Str. 11.

Schuhhaus Roland
Stabile Schuhwaren aller Art.
Steinweg 19.

WOLL-WEINRER HALLE a/S.

Fahrräder,
Reparaturen, Ersatzteile
empfiehlt
P. Krause, Kl. Ulrichstr. 18a, hinter Pottel & Broskowski.
Neu-Werkstätte m. elektr. Betrieb.

Billig und reell
kaufen Sie
Herren- u. Knabenkleidung
bei
Cahn
Große Ulrichstraße 4.

Unsere Pflicht
sehen wir darin, Ihnen nur gute Qualitäten zu verkaufen. Durch rechtzeitige Riesenabschlüsse konnten wir die Auswahl unserer Spezial-Abteilungen zu einer überwältigenden Reichhaltigkeit gestalten. Durch unsere Einkaufszentralen in allen Industriegebieten Deutschlands bieten wir unserem Kundenkreis unermeßliche Vorteile.
Leopold Nußbaum
Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

Trägt nur Dauerwäsche
Marke Waschbär
Kl. Berlin 2.

Berliner Bekleidungsindustrie
Alter Markt 31
empfiehlt
Paletots u. Anzüge
zu mäßigen Preisen.

Uhren, Goldwaren, Reparaturen
„Elite",
Steinweg 20.

Sanitäts-Gummiwaren
E. Hertzscher
Leipziger Straße 26.

Photographisches Atelier und Vergrößerungs-Anstalt
Samson & Co.
G. m. b. H., Poststraße 9/10.
Billigste Preise, bei bester Ausführung.

Die Mitgliedschaft im
Allgem. Konsumverein
Halle und Umgegend
schützt
jeden Verbraucher
vor wirtschaftlicher Ausbeutung.
Aufnahmen in allen 36 Verteilungsstellen.

Badawer & Mühlbauer
Trikotagen
Leinen- und Baumwollwaren
en gros
Strick-Wolle
Halle a. d. S., Olearius straße 5.
Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Fußballhülle „Salzgraf"
Fußball-Stiefel.
F. Oswald Berger,
Große Ulrichstraße 40.

Kauf's kaufend
Felle aller Art
sowie jeden Posten **Säcke.**
Fr. Halle, Gr. Steinstraße 13.
(Eingang Mittelstraße).

Löwe & Cerf
Putz- und Herrenartikel
Schmeerstraße Nr. 7

Friedrich Oehlschläger,
Schuhwarenhaus
nur Leipziger Straße 3.

Nagellose Besohlungen mit Leder-, Collert-, Hartke-Sohlen
nach dem Ago-System. Klein-Verkauf für Selbstbesohler.
Hartmann & Hansen,
Talamtstraße 9, Kl. Ulrichstr. 8, Mansfelder Str. 4, Merseburger Str. 29, Ecke Dessauer Str.

Haushalt-Artikel
Glas, Porzellan, Emaille
Schönbach
Schmeerstraße 1.

Schlesinger
Alter Markt 3
Weiß- u. Wollwaren

Gebr. H. & H. Loeffler, Gr. Ulrichstraße 33, Stiftung 30. Wollwaren Kr. Trikotagen.

Max Ott
Steinweg 26
Farben, Lacke

Emil Poenitsch,
Uhren, Gold- u. Silberwaren,
Halle a. d. Saale, Marktplatz 13.
Anfertigung von Gold- und Silberdruck.
Platin und Brillanten.

Lederwaren kauft man am besten bei Hugo Krakemann Nur Schmeerstr. 19.

Wiener Hutbazar,
Schmeerstraße 14.
Hüte, Mützen, u. Herren-Artikel
in großer Auswahl.

Romanus
Stipla & Co.
Möbelvertrieb
Leipziger Straße 16.

Holzpantoffel
repariert
Otto Fricke,
Holzpantoffel-Fabrik,
Kl. Ulrichstr. 9. Tel. 4942.

Aussteuer-Möbel
kauft man bei
Paul Danneberg,
Halle (Saale),
Geiststraße 69/70.

Emil Höschel,
Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 52.
Spezialität: **Gardinen.**
Fernruf 3055.

Herren-Wäsche und -Moden
kaufen Sie immer vorteilhaft bei
W. Brackebusch,
Große Ulrichstraße 37.

J. Kranner,
vorm. M. Turner.
Solinger Stahlwaren.
Schleiferei und Reparaturwerkstatt.
Eigene Rasierklingenschleiferei.
Grillstraße 55. Obere Leipziger Straße 66.

Paul Andersch
Magdeburger Str. 8
Schlieder-Ausschnitt
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Gummi-Absätze u. Schien

Bei
Porzellan-Sohel
Halle, Ammendorf, Cöthen, Könnern
kauft man
gut und billig.

Herren-
Rautenberg
am Leipziger Turm.
Moden.

Kaufe
bei
J. Lewin

H. Sauerbrunn.
Trikotagen,
Wollwaren,
Herrenartikel.
Große Auswahl. Solide Preise.
Leipziger Straße 17.

Kaufhaus
Alex Michel
Marktplatz
Das Haus der billigen Preise

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231020-14/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 21. bis 27. Okt. 1 Milliarde Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 85 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 400 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 200 Mill. Mk. | Sonnabend, den 20. Oktober 1923 | 3. Jahrgang | Nr. 246

Meuternde Reichswehrgenerale

Lossow verweigert die Ausführung der Befehle — Kahr verlangt den Rücktritt Geßlers — Mobilmachung der Faszisten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. Oktober.

Die Bayrische Regierung hat durch ihren Vertreter in Berlin der Reichsregierung mitgeteilt, daß Bayern jeden weiteren amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresverwaltung ablehne. Die Reichsregierung ist durch das separatistische und diktatorische Vorgehen von Kahr gezwungen worden, nun auch ihrerseits das Vorspiel, das zu dem Bruche zwischen Bayern und dem Reich geführt, bekanntzumachen. Es wird mitgeteilt, daß der General von Lossow in einem offenen Telegramm an General Seeckt die Ausführung des Befehls zum Verbot des „Völkischen Beobachter“ abgelehnt und zugleich alle weiteren Befehle verweigerte, die einen Konflikt mit der Bayrischen Regierung bringen können.

Die Reichsregierung hat also eine riesige Pressehetze und starke militärische Maßnahmen gegen Sachsen unternommen, währenddem mit Bayern sehr zahm verhandelt wurde. Der Reichswehrminister hatte einen General von Gräfenstein beauftragt, den Meuterer Lossow zum Rücktritt zu bewegen, aber nicht Lossow, sondern Gräfenstein nahm seinen Abschied. Jetzt, nachdem Kahr kurz entschlossen diese Eiterbeule aufgestochen, erzählt die Reichsregierung Märchen über das Vorgehen von Kahr.

Die Reichsregierung trägt keine Schuld daran, wenn jetzt der Bruch zwischen Bayern und dem Reich auch in der Oeffentlichkeit bekannt wird. Das ist das Verdienst Kahrs.

*

Kahr, Lossow, Gräfenstein pfeifen auf den Reichspräsidenten, auf Geßler, auf Seeckt, auf die ganze Republik, sie rebellieren offen gegen das Reich. Und die Reichsregierung ist machtlos, kann und will nichts gegen Bayern unternehmen. Desto stärker ist sie gegen Sachsen und Thüringen, gegen die hungernde Arbeiterschaft.

Die sächsische Regierung hat auf das unverschämte Ultimatum des General Müller keine Antwort gegeben.

Die Reichsregierung beschloß in ihrer Sitzung vom 18. Oktober, dem Verbot der proletarischen Hundertschaften in Sachsen mit allen Mitteln Nachachtung zu verschaffen. Falls die Landespolizei auf Schwierigkeiten stoße, werde Reichswehr eingesetzt werden. Gleichzeitig wurden neue starke Verstärkungen der Reichswehr für Sachsen beschlossen, die in den nächsten Tagen in Chemnitz und Plauen eintreffen, heute vielleicht schon eingetroffen sind.

Ferner wurde das Verlangen nach Aufhebung des Belagerungszustandes zurückgewiesen. Die sozialdemokratischen Abgesandten des Parteivorstandes, wie die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben sich davon überzeugt, daß im gegenwärtigen Moment die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes unmöglich sei.

Neben angekündigtem scharfen Einschreiten gegen die sächsische Regierung wird auch die Abberufung des Generals Müller in Aussicht gestellt.

Nun will die Regierung den Lossow abberufen. Gestern konnte die „Vossische Zeitung“ berichten, daß die Maßregel nicht erfolgt sei, weil v. Lossow für unzuverlässig gelte; der sozialdemokratische Reichsminister des Innern Sollmann habe vielmehr erst gestern bestätigt, daß v. Lossow sich bisher loyal verhalten (!!) habe. Er habe es aber nicht vermocht, sich als Träger der Reichsgewalt neben dem bayrischen Diktator durchzusetzen.

Die Regierung hat die Abberufung Lossows beschlossen. Die Münchener Regierung weiß bis heute noch nichts von einer Abberufung des Lossow und wird sie nicht zulassen. Wenn der Reichspräsident oder Seeckt den meuternden General abberufen will, dann muß sie ihn sich holen. Aber sie denkt gar nicht ernstlich daran, scharf gegen Bayern vorzugehen.

Nachdem die Ebert und Seeckt der sächsischen Regierung ein dreistes Ultimatum gestellt haben, das selbstverständlich nicht beantwortet werden konnte, bereiten sie die bewaffnete Reichsexekutive durch Stimmungsmache vor. Die Ebert, Wels, Müller haben dafür schon einen Plan ausgeheckt. Sie wollen Meldungen über ein Eingreifen der Reichsregierung in Bayern verbreiten, um in Sachsen loshauen zu können. Sie behaupten, den General v. Lossow abzuberufen, um in Sachsen mit Waffengewalt die Arbeiter niederzuknüppeln. Die gemeinsame Taktik der Seeckt und des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist, in Sachsen die Kommunisten zu isolieren, die gemeinsame Abwehrfront zu zerschlagen. Jeder einzelne Arbeiter weiß, daß das die absolut sichere Niederlage der Arbeiterschaft bedeuten würde. Ebenso genau ist jedem bekannt, daß das Reich gegen Bayern ohnmächtig ist, daß es eitel Schaumschlägerei ist, wenn von einem Eingreifen in Bayern gesprochen wird. Darum wird auch der — — — — Plan der Ebert und Wels mißlingen.

Kahr, Lossow und die Faszisten bereiten aber den großen, letzten Schlag nicht nur gegen Sachsen und Thüringen, sondern gegen das Reich, gegen die Arbeiterschaft, vor. Wie in Sachsen, so werden im ganzen Reich die Faszisten in die Reichswehr oder in die bewaffneten faszistischen Verbände eingereiht. So sind am Donnerstagfrüh 27 Stahlhelmleute aus Eisleben auf ihre Gestellungsorder nach Dessau gefahren, wo sie aber voraussichtlich nicht bleiben werden, sondern sich nur sammeln. Die Leute sind zum großen Teil Angestellte und junge Arbeiter der Mansfeld A.-G., stehen also in Arbeit und werden nur beurlaubt. Von Halle sind am vorigen Montag zirka 100 „Wehrwolf“-Jünglinge der Reichswehr eingereiht worden. Alle Mitglieder des Hochschulringes Deutscher Art erhielten am 16. und 17. Oktober die Aufforderung, sich am 18. Oktober, vormittags, in dem studentischen Speisehaus „Zur Tulpe“, an der Universität, zu melden. Vorgeschriebener Anzug: schwere Schuhe, kurze Hosen, Rucksack, zwei Decken und Mantel. Lebensmittelausgabe in der „Tulpe“. Jeder sich meldende erhielt außer Wurst und Brot eine Fahrkarte und die Anweisung, sich nach dem Bahnhof zu begeben.

Aus dem ganzen Bezirk kommen dieselben Nachrichten. Die „Stahlhelm“-Leute verlassen in größeren Trupps das Geiseltal in voller Ausrüstung: Feldgrauer Anzug, feldgraue Mütze mit altem Reichsadler, umgeschnallt und Feldstecher. Alle begeben sich nach vorher festgelegten Sammelstellen.

Jetzt scheinen selbst Hörsing Bedenken über die „republikanische Zuverlässigkeit des „Stahlhelms“ gekommen zu sein, er ließ bei „Stahlhelm“führern Haussuchungen machen. Wie ein altes, hysterisches Weib kreischt der Stahlhelmführer Duesterberg über diese Maßnahme und beteuert nochmals die unbedingte Harmlosigkeit des „Stahlhelms“, denn „nirgends ist etwas gefunden worden.“ Dem Duesterberg ist es ebenso wie uns bekannt, daß nicht nur die Verbindung des „Stahlhelms“ durch Hauptmann Jüttner mit den sächsischen und bayrischen Nationalsozialisten, sondern daß die Schriftstücke, die in Falkenberg bei den „Stahlhelm“führern gefunden worden sind und die als „Streng geheim“, „Sehr eilend“ bezeichnet werden und von denen „keine Abschrift oder Notiz gemacht werden darf“ beweisen, daß der „Stahlhelm“ und „Wehrwolf“ eine Kampforganisation in Verbindung mit der Reichswehr aufgebaut haben.

Heute abend finden im ganzen Reiche Massenversammlungen der Stahlhelmer statt, zu der alle Frontsoldaten eingeladen sind. Die proletarischen Frontsoldaten werden auf den Posten sein und ihre Ziele und Forderungen den Faszisten zeigen. **Diese Massenversammlungen sollen die letzte Heerschau sein, die letzte Parade vor dem endgültigen Schlag gegen die hungernde und verzweifelnde Arbeiterschaft.**

Die Arbeiter in allen Teilen des Reiches fordern den Kampf gegen die Militärdiktatur und den Faszismus. Die hallischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre haben gestern von den

meinsamen Aktions-
die wirtschaft-
der Arbeiterschaft

euen Schritt gegen
Hungernden speist,
roletarische Politik

Formationen des
Arbeiterschaft das-

werkschafts-

alle, 20. Oktober.
ollversammlung der
erkschaftlich organi-
les. Die Versamm-
Hauptv. des ZDA.)
gende Entschließung

politischen Lage in
ie ungeheueren Ge-
Wirtschaftlich droht
enz. Politisch steht
um letzten ent-
mit Hilfe Weißer
em Proletariat die
Errungenschaften zu

ordert daher die am
mlung der Betriebs-
freigewerkschaftlich

organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten Halles von den Spitzenorganisationen im Bezirk die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit den Arbeiterparteien zwecks Gründung eines gemeinsamen Aktionsausschusses, der bevollmächtigt ist, mit allen (auch den schärfsten) Mitteln folgende Forderungen zur Sicherung des Proletariats durchzusetzen:

1. **Beseitigung der Militärdiktatur unter restloser Aufhebung aller sich gegen das Proletariat auswirkenden Ausnahmeverordnungen.**
2. **Aufhebung aller über Arbeiterzeitungen verhängten Verbote.**
3. **Engste Kampfgemeinschaft mit dem sächsisch-thüringischen Proletariat zur Sicherung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen gegen die Reichsexekutive und den Faszismus.**
4. **Entwaffnung aller konterrevolutionären Verbände und Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrformationen.**
5. **Unbedingte Unantastbarkeit des Achtstundentags.**
6. **Anpassung der Löhne an die Warenpreise.**
7. **Sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses.**

Der Belagerungszustand soll bleiben!

Der Vernichtungsfeldzug gegen die Werktätigen beginnt erst — Arbeiter, Angestellte und Beamte, wehrt Euch!

Unter dem Druck der Arbeitermassen, die entschlossen sind, im Fall der Reichsexekutive gegen Sachsen in den Generalstreik zu treten, hat die Reichsregierung den Gewaltstreich gegen die sächsische Arbeiter-Regierung noch einmal verschoben. Verschoben, um in Kürze den Schlag gegen das deutsche Proletariat mit um so größerer Wucht zu führen, nicht mehr!

Die sächsische Regierung hat auf das Ultimatum des Generals Müller, das am 18. Oktober, vormittags 11 Uhr, ablief, nicht geantwortet. Der General ließ daraufhin nicht seine Truppen stürmen, sondern teilte mit, daß er Geßler die Entscheidung mitgeteilt habe. Um das militärische Renommee des Generals Müller aufrechtzuerhalten, wurde offiziös erklärt, daß der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichswehrminister mit dem Schritt des General Müller vollständig einverstanden gewesen seien, eine Nachricht, die nachträglich dahin abgeschwächt wurde, daß Ebert, Stresemann und Geßler wohl gewünscht hätten, daß General Müller bei der sächsischen Regierung vorstellig werde, daß aber die Form des befristeten Ultimatums „Müllers eigenes Werk“ sei. Tatsache bleibt, daß die Koalitionsregierung Stresemann-Sollmann an die sächsische Bundesregierung durch Vermittlung eines Generals herangetreten ist.

Das Reichskabinett hat zu der Lage Stellung genommen. Da der Parteivorstand der VSPD. die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert hatte, welche Forderung der „Vorwärts“ mit lebhafter Propaganda begleitete, wurden die Sozialdemokraten Müller, Wels und Dittmann bei der Reichsregierung vorstellig, außerdem hätten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder die Aufhebung des Belagerungszustandes erzwingen müssen.

Und das Ergebnis der Verhandlungen. Die Opposition der sozialdemokratischen Führer ist jämmerlich zusammengebrochen. Der militärische Belagerungszustand bleibt aufrechterhalten. Er soll — wer lacht da nicht — auch in Bayern zur Geltung gebracht werden. Der meuternde General Lossow soll abberufen werden. Wie die an der Spitze unseres Blattes stehende Meldung zeigt, ist die Frage nur die, wie die Reichsregierung das machen will. Der meuternde General geht nicht. Er unterstellt sich Kahr und dieser bricht die Beziehungen mit der obersten Befehlsgewalt der Reichswehr und damit zur Reichswehr und zum Reichspräsidenten Ebert ab. Dessenungeachtet soll es aber dabei bleiben, daß in Sachsen die proletarischen Hundertschaften, bei Nichtausreichen der Landespolizei durch die Reichswehr aufgelöst und entwaffnet werden sollen. Der Krieg gegen Sachsen bleibt als furchtbare, unmittelbare Drohung nach wie vor bestehen und die Führer der Sozialdemokratie machen mit, weil es jetzt ja, wieder einmal, auch gegen Bayern gehen soll. Die deutsche Arbeiterschaft weiß, was von letzterer Behauptung zu halten ist.

Der militärische Belagerungszustand soll mit Hilfe der Sozialdemokraten aufrechterhalten bleiben, das ist die Tatsache!

Das bedeutet, daß die blutige Niederwerfung der mitteldeutschen Arbeiterschaft nur für den Moment verschoben ist. Die sozialdemokratischen Zentralinstanzen wühlen inzwischen mit Hochdruck hinter den Kulissen, um die Arbeiter-Regierungen in Sachsen und Thüringen mit allen Mitteln auch von innen heraus zu sprengen durch Einwirkung auf rechtsstehende sozialdemokratischer Führer. Der Vorwand des Ultimatums war ja in dieser Beziehung geradezu typisch.

Aber nicht allein gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft stehen schwere Angriffe bevor, gegen die gesamten Werktätigen Deutschlands soll jetzt rücksichtslos vorgegangen werden. Wir stehen erst am Anfang des kapitalistischen Feldzuges gegen die Arbeitenden.

Die Stinnes, Wolff und Klöckner haben mit Poincaré selbständig lukrative Lieferungsverträge abgeschlossen. Die Riesenzüge mit Kohlen und anderen Materialien würden längst wieder nach Frankreich rollen, wenn die Stinnes und Konsorten ihre Bedingungen an die deutsche Regierung schon restlos durchgesetzt hätten. Das deutsche Volk soll nämlich die Industriellen sofort bezahlen, die Arbeitszeit soll sofort verlängert werden, die Regiebahnen sollen sofort vom Reich abgegeben werden usw. Weil die Koalitionsregierung noch nicht bedingungslos die Forderungen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231020-14/fragment/page=0009
DFG